Deutscher Bundestag **Drucksache 19/16839**

19. Wahlperiode 28.01.2020

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO

Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO vom 25. bis 28. Mai 2018 in Warschau, Polen

Inhaltsverzeichnis

		Seite
1	**Mitglieder der deutschen Delegation**	2
2	**Ablauf der Tagung**	2
3	**Ständiger Ausschuss**	2
4	**Politischer Ausschuss (PC)**	2
5	**Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)**	5
6	**Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)**	7
7	**Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)**	11
8	**Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)**	14
9	**Plenarsitzung**	17
Abkürzungsverzeichnis		21
Anlage: Erklärung 444		22

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

1. Mitglieder der deutschen Delegation

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten die folgende Delegation:

Deutscher Bundestag:

Abgeordneter Dr. Karl A. Lamers (CDU/CSU), Leiter der Delegation,
Abgeordnete Ulla Schmidt (SPD), stellvertretende Leiterin der Delegation,
Abgeordneter Dr. Karl-Heinz Brunner (SPD),
Abgeordneter Wolfgang Hellmich (SPD),
Abgeordneter Gerold Otten (AfD),
Abgeordneter Alexander Graf Lambsdorff (FDP),
Abgeordneter Dr. Alexander S. Neu (DIE LINKE.),
Abgeordneter Jürgen Trittin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN).

Bundesrat:

Minister Lorenz Caffier (CDU), Mecklenburg-Vorpommern, Leiter der Delegation,
Senator Ulrich Mäurer(SPD), Bremen.

2. Ablauf der Tagung.

Der Ständige Ausschuss tagte am Freitag, 25. Mai 2019, die Sitzungen der Fachausschüsse fanden am Samstag, 26. Mai 2018, und am Sonntag, 27. Mai 2018, statt. Das Plenum tagte am Montag, 28. Mai 2018. In den Ausschüssen sowie im Plenum waren Schwerpunkte der Debatten die Frage der gerechten Lastenteilung innerhalb des Bündnisses, die Umsetzung des Zwei-Prozent-Ziels der NATO, die Beziehungen zur Russischen Föderation sowie der Umgang mit hybriden Bedrohungen. Die Beratung des Wirtschaftsausschusses zum Thema „Herausforderungen für die Energiesicherheit in Mittel- und Osteuropa“ war für die deutsche Delegation im Hinblick auf die geplante Pipeline Nord Stream 2 von besonderem Interesse.

3. Ständiger Ausschuss

Der Ständige Ausschuss beriet über die Nachfolge für den im Herbst 2019 in den Ruhestand gehenden Generalsekretär **David Hobbs** (Großbritannien) und wählte die stellvertretende Generalsekretärin **Ruxandra Popa** (Frankreich) zur künftigen Generalsekretärin. Nach Artikel 16 GO NATO PV ernennt der Ständige Ausschuss den Generalsekretär/die Generalsekretärin für zwei Jahre, das Mandat kann bis zu vier Mal erneuert werden.

In der Aussprache zum Erklärungsentwurf „Die Einigkeit und Zielsetzung der NATO beim Gipfel von Brüssel deutlich machen“ stimmte der Ausschuss dem Änderungsantrag des Abgeordneten **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) zur geplanten NATO-Ausbildungsmission im Irak zu, die die ohne Kampfauftrag ausgestaltete Mission sprachlich präzisiert. Ferner beschloss der Ausschuss mit einigen Gegenstimmen im Text die Formulierung „darauf abzielen“ zu ersetzen durch „dass die Länder die realen Verteidigungsausgaben im Zuge ihres Wirtschaftswachstums erhöhen und sich in Richtung des Richtwerts bewegen, […]“.

4. Politischer Ausschuss (PC)

Der Politische Ausschuss tagte am Samstag und Sonntag, 26. und 27. Mai 2018, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Ojars Eriks Kalnins** (Lettland).

I. Ansprache des polnischen Außenministers Jacek Czaputowicz zum Thema „Schwerpunkte der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik“

Der polnische Außenminister **Jacek Czaputowicz** erklärte in seiner Ansprache, im Hinblick auf ihre Durchsetzungsfähigkeit sei für die NATO die Anpassungsfähigkeit an neue Bedrohungen entscheidend. Für die Allianz stelle Russland die größte Bedrohung dar. Nach aktuellen Meinungsumfragen innerhalb der EU bewerte die polnische Bevölkerung im Vergleich zu den anderen EU-Staaten die Vereinigten Staaten von Amerika am positivsten. Die polnische Regierung setze sich im Rahmen der *Enhanced Forward Presence* der NATO für eine stärkere Präsenz der US-Streitkräfte in Polen und für deren auf Dauer angelegte Stationierung ein. Er forderte, dass die Alliierten ihre nationalen Verteidigungsausgaben auf mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) erhöhten. Polen habe 2018 das Zwei-Prozent-Ziel erreicht und gebe zwei Prozent seines BIP für Verteidigungsausgaben aus. Bis 2030 sei ein Aufwuchs auf 2,5 Prozent geplant. Er bekräftigte die NATO-Politik der „Offenen Tür“ und warnte vor dem Entstehen eines strategischen Vakuums, sollten Georgien und die Ukraine nicht zügig in das Bündnis aufgenommen werden. Aus polnischer Sicht sei die Aufnahme beider Länder in die NATO die beste Investition in die gemeinsame Zukunft.

II. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Instabilität im Süden“ vorgelegt vom Generalberichterstatter Abgeordneter Julio Miranda Calha (Portugal)

Generalberichterstatter Abgeordneter **Julio Miranda Calha** (Portugal) erläuterte seinen Berichtsentwurf und erklärte, der Arabische Frühling im Jahr 2011 habe zu einem Zerfall der regionalen Ordnung geführt und den südlichen Mittelmeerraum in einen Zustand anhaltender Instabilität versetzt. Die Konflikte in Syrien und im Irak wirkten sich auf die Sicherheit des Bündnisses aus. Der NATO-Gipfel 2016 in Warschau habe sich auf ein umfassendes Sicherheitskonzept (*360 degree security approach*) verständigt. Die Verbündeten seien sich darin einig, die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft zur Errichtung von Stabilität und Sicherheit zu unterstützen. Die Lage in einigen Ländern des Mittleren und Nahen Ostens sei weiterhin instabil oder habe sich sogar verschlechtert. Er forderte eine stärkere Unterstützung der Partner im Mittelmeerraum. Die Entwicklungen südlich der Sahelzone und am Golf von Guinea hätten negative Folgen für die Stabilität in Nordafrika. Die Lage im Irak und in Syrien sei besorgniserregend. Die Terrorgruppe des sogenannten „Islamischen Staates“ befinde sich zwar auf dem Rückzug, die Probleme des Extremismus, die Entwicklungsdefizite und die Konflikte in Syrien, Irak und in der MENA-Region blieben jedoch bestehen. Zur Vermeidung eines möglichen Wiedererstarkens dieser Terrorgruppe müssten die Ursachen des Terrorismus beseitigt werden. Vielfältige Faktoren verschärften die Konflikte an der Südflanke der NATO. Beispielsweise begünstigten eine akute Nahrungsmittel- und Wasserkrise, starke Geburtenjahrgänge, eine unkontrollierte Urbanisierung sowie ein Mangel an sozialen und wirtschaftlichen Möglichkeiten die Radikalisierung der Bevölkerung. Schlechte Regierungsführung und schwache staatliche Institutionen verstärkten die Faktoren. Er forderte die NATO auf, den Zusammenhang zwischen der Instabilität in der MENA-Region und den politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Entwicklungen in Teilen Afrikas südlich der Sahara besser in den Blick zu nehmen.

III. Beratung des Berichtsentwurfs „Gefährdung der internationalen Sicherheit durch Nordkorea: Konsequenzen für die NATO“ des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“, vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter Gerald E. Connolly (Vereinigte Staaten)

Berichterstatter Abgeordneter **Gerald E. Connolly** (Vereinigte Staaten) erklärte, Schwerpunkt seines Berichts sei die Gefährdung der regionalen und internationalen Sicherheit durch die Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK, Nordkorea). Ungeachtet der jüngsten diplomatischen Bemühungen um Nordkorea bleibe die koreanische Halbinsel ein globaler Krisenherd. Die Politik des Regimes in Pjöngjang stelle für die NATO und ihre Partner eine ernste Sicherheitsbedrohung dar. Zur Bewältigung der Krise forderte er, dass sich die NATO in der Region stärker engagiere. Die instabile Sicherheitslage in Nordostasien wirke sich direkt auf die Sicherheit der NATO-Mitgliedstaaten aus. Nordkorea stelle nicht nur für die beiden NATO-Partnerländer in der Region, die Republik Korea und Japan, ein Risiko dar, sondern bedrohe auch die Vereinigten Staaten von Amerika. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg habe auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2018 eindringlich vor Nordkorea gewarnt und dargelegt, dass das Land weiterhin an seinen Atomwaffen- und Raketenprogrammen arbeite, die die NATO bedrohten. Alle NATO-Verbündeten befänden sich in Reichweite nordkoreanischer Flugkörper. Pjöngjang liege dichter an München als an Washington D. C. Auf Nordkorea müsse daher Druck mit dem Ziel der Aufgabe seines

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Atomprogramms ausgeübt werden. Er führte aus, zur Finanzierung seiner Raketen- und Atomwaffenprogramme unterhalte Nordkorea im Nahen Osten und in Nordafrika Netzwerke für illegalen Waffenschmuggel. Mit den Erlösen halte Nordkorea seine nuklearen Aktivitäten aufrecht und untergrabe die Bemühungen um Nichtverbreitung. Darüber hinaus behindere Nordkorea die Durchsetzung bestehender Nichtverbreitungsverträge und internationaler Rüstungskontrollabkommen. Er kritisierte China und Russland, die die internationalen Sanktionen nicht vollständig einhielten und nur bedingt zur Deeskalation der Krise beitrügen. Er forderte, dass die NATO ein stärker vorwärts gerichtetes Konzept erarbeiten solle. Die NATO und ihre Mitgliedstaaten könnten wertvolle Beiträge zur Eindämmung der Bedrohung durch Nordkorea leisten, indem sie Maßnahmen zur Durchsetzung und Ausweitung der Sanktionen gegen Nordkorea ergriffen sowie verstärkte maritime Operationen zur Abriegelung von Nordkorea durchführten.

IV. Beratung des Berichtsentwurfs „Sicherheit in den Westbalkanstaaten“ des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“, vorgelegt von der Berichterstatterin Senatorin Raynell Andreychuk (Kanada)

Berichterstatterin Senatorin **Raynell Andreychuk** (Kanada) stellte ihren Bericht vor und erklärte, das Interesse der NATO an den Westbalkanstaaten sei zurückgegangen. Grund für das geringere Interesse seien die Konzentration auf Afghanistan, die Bekämpfung extremistischer Gruppen und die Herausforderungen aus dem Süden. Auch die EU sei zunehmend mit inneren Angelegenheiten beschäftigt, beispielsweise mit den Verhandlungen zum Brexit, der anhaltenden Wirtschafts- und Finanzkrise und der Migration. Insgesamt habe das Interesse an der Region aufgrund einer langanhaltenden Phase der Stabilität abgenommen. Nach den Bürgerkriegen in den 1990er Jahren und Anfang 2000 hätten EU und NATO den vom Krieg gezeichneten Ländern Kapazitäten zur Friedenssicherung und -konsolidierung bereitgestellt und die Nachfolgestaaten Jugoslawiens unterstützt. Die positiven Folgen der Maßnahmen und der Beitritt einiger Staaten zur NATO und EU hätten zu der Annahme geführt, dass die demokratische Reform in der Region unumkehrbar sei. Die Entwicklungen in der Vergangenheit zeigten jedoch, dass diese Annahme zu optimistisch gewesen sei. Die Sicherheit und Stabilität der Westbalkanländer sei für die europäische und euroatlantische Sicherheit entscheidend. Die Westbalkanländer stünden vor großen Herausforderungen, wie beispielsweise der begrenzte sozioökonomische Fortschritt, nationalistische und populistische Strömungen, Korruption, Desinformation und fehlende Information über die NATO und EU. Sie seien ferner dem Einfluss eines radikalen Islam, den Versuchen Russlands, sich in die lokale Politik und die demokratischen Prozesse einzumischen sowie einer unkontrollierten Migration innerhalb und außerhalb der Region ausgesetzt. Einige beunruhigende Zeichen wiesen auf die Entstehung eines Vakuums in der Region hin, das von Kräften mit einer ausgesprochen antidemokratischen und antiwestlichen Agenda gefüllt werde. Die internationale Gemeinschaft müsse sich aktiver dafür einsetzen, den Demokratisierungsprozess voranzubringen und die Entstehung eines Sicherheitsvakuums zu verhindern. Die Militärpräsenz der NATO und ihr politisches Engagement mit ihren Partnerländern in der Westbalkanregion sei der Schlüssel zur regionalen Stabilität. Die EU müsse die Maßnahmen politisch flankieren und die Tür zur EU offenhalten. Sie solle die Fortführung und Vertiefung des Reformprozesses fordern und fördern. Die europäische und euroatlantische Integration könnten die demokratischen Institutionen stärken und die Achtung der Menschenrechte und der rechtsstaatlichen Grundsätze festigen. Sie forderte die NATO-Mitgliedsländer auf, beim NATO-Gipfel in Brüssel 2018 ihr Bekenntnis zu Stabilität und Sicherheit im Westbalkan zu wiederholen.

In der anschließenden Debatte führte Abgeordneter **Alexander Graf Lambsdorff** (Deutschland) aus, die im Bericht kritisierte geringe regionale Kooperation sei bedauerlich. Die Auseinandersetzung zwischen Serbien und dem Kosovo nähme zu viel Raum ein. Er appellierte an die Westbalkanstaaten, die regionale Kooperation zu vertiefen und offene territoriale Fragen zu klären. Das von der EU-Kommission Anfang Februar 2018 für Serbien und Montenegro genannte mögliche Beitrittsdatum 2025 sei in Europa auf breiten Widerstand gestoßen. Die Nennung von Daten sei unglücklich. Er stimme der Aussage der deutschen Bundeskanzlerin zu, die gesagt habe: „Wir nennen keine Daten“. Er schloss sich der Forderung des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron nach einer Reform der EU an und konstatierte eine „gewisse Erweiterungsmüdigkeit“. Der derzeitige Anspruch eines jeden Mitgliedslandes auf einen eigenen Kommissar sei bei einer Erweiterung um weitere sieben Westbalkanstaaten nicht darstellbar. Die Abgeordnete **Natasa Jovanovis** (assoziiertes Mitglied in der Versammlung, Serbien, Serbische Radikale Partei) kritisierte die Ausführungen des Berichtsentwurfs zu Serbien und erklärte, es habe in Srebrenica keinen Völkermord gegeben. Serbien und Russland arbeiteten politisch und militärisch eng zusammen.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

5. Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)

Der Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit tagte am Sonntag, 27. Mai 2018, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Michael R. Turner** (Vereinigte Staaten von Amerika) in Vertretung des Ausschussvorsitzenden Ojars Eriks **Kalnins** (Lettland). Schwerpunkte der Diskussionen waren das Thema Lastenteilung, der Umgang mit der Russischen Föderation und die aktuelle Lage in Afghanistan.

I. Paneldiskussion mit dem Verteidigungsminister Polens, Mariusz Blaszczak, zum Thema „Die Rolle der NATO hinsichtlich der Herausforderungen des Bündnisses“ und mit Major General Adam Joks zum Thema „Entwicklung und Rolle der polnischen Streitkräfte“

Der polnische Verteidigungsminister **Mariusz Blaszczak** forderte die Verbündeten auf, im Hinblick auf die existenzielle Bedrohung durch Russland landbasierte militärische Fähigkeiten aufzubauen. Die Reformanstrengungen von Georgien und der Ukraine müssten unterstützt, deren Resilienz gegenüber Russland gestärkt und beide Länder in die NATO aufgenommen werden.

In der Aussprache ging Abgeordneter **Wolfgang Hellmich** (Deutschland) auf die militärische Interoperabilität ein und erkundigte sich nach möglichen Überlegungen zur verstärkten politischen Zusammenarbeit auf Parlamentsebene. Er erkundigte sich nach den Erwartungen der polnischen Regierung an die europäische Verteidigungsinitiative. Verteidigungsminister **Mariusz Blaszczak** betonte die Bedeutung der politischen Zusammenarbeit insbesondere im Hinblick auf die Entscheidungen über die Höhe der Verteidigungsausgaben. Eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten sei zu begrüßen und sinnvoll. Die Europäische Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) ei ein ergänzendes Element, Rivalitäten zur NATO müssten vermieden werden. Neue Transportkorridore könnten die militärische Mobilität der Allianz entscheidend verbessern. Abgeordneter **Dr. Alexander S. Neu** (Deutschland) ging auf die während der Tagung stattfindenden Demonstration auf dem Parlamentsgelände ein, bei der Betroffene und Behindertenverbände höhere monatliche Renten für behinderte Menschen forderten. Er erkundigte sich, warum der polnische Staat die Verteidigungsausgaben erhöhe, die mit vergleichsweise geringen Mehrausgaben verbundenen Forderungen nach höheren Monatsrenten für Menschen mit Behinderungen jedoch nicht erfülle. Verteidigungsminister **Mariusz Blaszczak** antwortete, die vorgetragenen Informationen seien nicht korrekt und Ausgaben für Behinderte seien erhöht worden. Jeder habe das Recht, zu demonstrieren. Die Silvesternacht in Köln habe gezeigt, dass Deutschland Frauen nicht ausreichend schützen könne. Im Gegensatz zu Deutschland könne in Polen jeder seine Meinung ausdrücken.

II. Beratung des Sonderberichtsentwurfs „Afghanistan – zum Komplex der lokalen und regionalen Sicherheit“, vorgelegt vom Sonderberichterstatter Abgeordneter Wolfgang Hellmich (Deutschland)

Sonderberichterstatter Abgeordneter **Wolfgang Hellmich** (Deutschland) stellte seinen Sonderberichtsentwurf „Afghanistan – zum Komplex der lokalen und regionalen Sicherheit“ vor und erklärte, die US-Regierung habe deutlich gemacht, dass sie die Herausforderungen in Afghanistan weiterhin als transatlantische Sicherheitspriorität erachteten, für die sich alle NATO-Mitglieder stärker engagieren müssten. Wichtigstes Instrument sei weiterhin die *Resolute Support Mission* der NATO. Die geänderten Einsatzregeln für die US-Streitkräfte bedeuteten für die NATO keine neue Kampfmission. Die NATO setze ihre Bemühungen für die Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte unverändert fort. Die NATO stehe den afghanischen Sicherheitskräfte zur Seite, kämpfe aber nicht an ihrer Seite. Die Anfang 2018 beschlossene Kehrtwende der USA, ihre militärische Unterstützung für Pakistan um zwei Milliarden US-Dollar zu kürzen, habe die Bereitschaft Pakistans erhöht, gegen Stützpunkte der afghanischen Taliban vorzugehen. Die politische und militärische Führung strebe aber weiterhin an, den potenziellen Einfluss Indiens in Afghanistan zurückzudrängen. Indien sei im Bereich Handel und Entwicklungshilfe der größte und zuverlässigste Partner Afghanistans. Die in 2011 vereinbarte strategische Partnerschaft habe beide Länder zu einer intensiveren Zusammenarbeit veranlasst. Die Rivalität zwischen Indien und Pakistan wirke sich jedoch verheerend auf den Frieden und die Sicherheit in Afghanistan aus. Aus Sicht der pakistanischen Führung sei der Einsatz bewaffneter Gruppen derzeit das einzige Instrument, um den eigenen Einfluss in der Region aufrechtzuerhalten und den indischen zu verringern. Jedoch seien die Erfolgsaussichten der Strategie des erhöhten Drucks fraglich, da vorangegangene Kürzungen der US-Militärhilfe keine nennenswerten wirtschaftlichen oder politischen Folgen in Pakistan gehabt hätten. Die von der US-Regierung geforderte stärkere Rolle Indiens lasse befürchten, dass die pakistanischen Streitkräfte noch verstärkter auf bewaffnete

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Gruppen als Verbündete setzten. Es sei eine diplomatische Herausforderung, den gordischen Knoten im Verhältnis zwischen Pakistan, Afghanistan und Indien zu durchschlagen.

III. Beratung des Berichtsentwurfs „Lastenteilung – die Debatte neu ausrichten“ des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“, vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter Attila Mesterhazy (Ungarn)

Berichterstatter Abgeordneter **Attila Mesterhazy** (Ungarn) erläuterte, die veränderte internationale Sicherheitslage habe die NATO veranlasst, weitreichende neue Veränderungen ihres Verteidigungs- und Abschreckungsdispositivs umzusetzen. Gleichzeitig nehme die Erwartung an die NATO-Mitgliedstaaten zu, mehr in den Erfolg dieser Bemühungen zu investieren. Die sichtbarste Forderung nach einer Erhöhung der nationalen Vereidigungsausgaben erhebe die Exekutive der USA. Die Erwartung der USA erhöhe den Druck auf die ohnehin deutlich veränderte Lastenteilungsdebatte. Auf dem Gipfel in Wales 2014 hätten die NATO-Mitgliedstaaten mit Blick auf ihre Verteidigungsausgaben vereinbart, sich bis 2024 auf den Wert von zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) zuzubewegen und 20 Prozent davon für neue Ausrüstung sowie für Forschung und Entwicklung aufzuwenden. Die europäischen NATO-Mitgliedstaaten und Kanada hätten ihre Verteidigungsausgaben seit dem Ende des Kalten Krieges kontinuierlich gekürzt und die Kürzungen auch dann noch fortgesetzt, als die USA nach den Anschlägen vom 11. September 2001 den entgegengesetzten Kurs eingeschlagen hätten. Dies habe zu Diskussionen über die Höhe der Beiträge der Bündnispartner geführt. Die USA verstärkten den Druck in der Debatte und hätten den Eindruck gewonnen, dass sich einige Bündnispartner in den letzten Jahren aus einzelnen NATO-Operationen und -Aufgaben herausgezogen hätten. Trotz aller Kritik an den definitorischen und konzeptionellen Schwächen des Zwei-Prozent-Richtwerts habe sich das Bündnis mit den 2014 in Wales vereinbarten Verteidigungsausgaben auf diesen Wert mehr oder weniger festgelegt. Der vorliegende Bericht beleuchte die Geschichte der Lastenteilungsdebatte im Bündnis und die Kritik am Zwei-Prozent-Wert. Ferner würden neue, nach Höhe und Bündnisregion aufgeschlüsselte Verteidigungsinvestitionen untersucht. Zusammenfassend erläuterte er, derzeit erhöhten die meisten NATO-Mitgliedstaaten ihre Verteidigungsausgaben. Das Bündnis sei bemüht, sämtliche Zahlungszusagen zu erfüllen. Der Bericht untersuche die Auswirkungen der erhöhten Verteidigungsausgaben auf das Verhalten der Partner. Seit März 2017 müssten die NATO-Mitgliedstaaten ihre jährlich geplanten Verteidigungsausgaben veröffentlichen und dabei drei Aspekte – *cash, capabilities, and commitments* (Geld, Fähigkeiten und Engagement) – erläutern. Neben der Angabe der Höhe der Verteidigungsausgaben seien die Partner verpflichtet zu erläutern, wie sie die Ausgabenziele, sofern noch nicht geschehen, erreichen wollten. Ferner, inwiefern sie in die Leistungsfähigkeit der NATO investierten und welche Beiträge sie schon heute zu aktuellen NATO-Operationen und -Missionen leisteten oder planten. Im Ergebnis sei festzuhalten, dass einige Vorhaben für drei Jahre, andere über die für 2024 angestrebten Verteidigungsausgaben hinaus gelten würden. Er kritisierte, einige Partner hätten noch keine Vorhaben vorgelegt. Er ging auf die Schwächen des Zwei-Prozent-Richtwertes ein und erklärte, die Definition des Richtwerts sei nicht eindeutig und die Verteidigungsausgaben der USA dienten auch den amerikanischen globalen Interessen, während die meisten NATO-Mitgliedstaaten euro-atlantische Sicherheitsinteressen verfolgten. Risiken würden unberücksichtigt bleiben und wichtige Beiträge zur Sicherheit und Stabilität nicht bewertet werden. Einige NATO-Mitglieder kritisierte die Hartnäckigkeit der USA in dieser Frage. Der relativ enge Fokus, den die Trump-Administration in die Debatte der NATO um die Ausgaben von zwei Prozent des BIP einbringe, sei wesentlicher Teil des Eindrucks, im Miteinander von USA und NATO-Verbündeten ginge es zunehmend um Leistung und Gegenleistung. Tatsächlich jedoch hätten die USA, ungeachtet der herausfordernden Rhetorik des Präsidenten Donald Trump, ihr Engagement für die Sicherheit in Europa verstärkt. Im Rahmen der *European Deterrence Initiative* (EDI) finanzierten die USA eine deutlich ausgeweitete Präsenz ihres Militärs in Osteuropa sowie zusätzliche Übungen. Ein Beweis seien die mehr als zehn Milliarden US-Dollar, die die USA bereits in die Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit der europäischen Verbündeten investiert oder bereitgestellt hätten.

IV. Beratung des Berichts „NATO-Spezialeinsatzkräfte im heutigen Sicherheitsumfeld“ des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten“, vorgelegt von Berichterstatterin Abgeordnete Madeleine Moon (Vereinigtes Königreich)

Berichterstatterin Abgeordnete **Madeleine Moon** (Vereinigtes Königreich) erklärte, NATO-Spezialeinsatzkräfte seien für wichtige Missionen von zentraler Bedeutung. Als Beispiel führte sie die Koalition aus internationalen Spezialkräften an, die die lokalen Einsatzkräfte im Kampf gegen die Terrormiliz des sogenannten „Islamischen

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Staates“ unterstützten. Spezialeinsatzkräfte seien in Operationen im gesamten Nahen Osten und in Afrika eingebunden, um die nationalen Streitkräfte bei der Ausrichtung auf die Taktik von kleineren Einheiten, Methoden und Verfahren sowie bei militärischen Operationen zu unterstützen. Die Berichterstatterin legte dar, dass in Folge des Rückgangs weitgehend erfolgloser Kriege im Nahen Osten und Südwestasien der Wunsch nach Spezialkräften anwachse. Der Einsatz von Spezialeinsatzkräften könne in gewisser Weise in der Öffentlichkeit „bestritten“ werden, was den verantwortlichen Politikern erlaube, die öffentliche Missbilligung des Einsatzes konventioneller Streitkräfte zu vermeiden. Der Einsatz von Spezialkräften sei finanziell günstiger als der von Streitkräften. Die Herausforderung des künftigen Sicherheitsumfeldes entfalte sich in häufig auftretenden sicherheitspolitischen Grauzonen. Der schwer fassbare Bereich unterhalb der Schwelle eines Krieges entspräche nicht den Stärken der NATO. Das *NATO Special Operations Headquarters* (NSHQ, Hauptquartier der NATO-Spezialeinheiten) biete Schulungen, Beratungen und Unterstützung für NATO-Mitgliedstaaten und -Partner an. Die Berichterstatterin forderte, dass mehr getan werden müsse, um diese Institution mit den dafür nötigen Mitteln auszustatten. Ferner forderte sie eine vertiefte Auseinandersetzung über die Rolle und den Einsatz von Spezialeinsatzkräften. Zu klären seien offene Fragen für die Ausgestaltung einer geeigneten Zusammenarbeit zwischen den Behörden hinsichtlich Finanzierung, Kontrolle und operativer Aufsicht. Die Berichterstatterin erklärte, Spezialeinsatzkräfte seien zum Opfer ihres eigenen Erfolges geworden. Sie könnten Operationen kostengünstiger als reguläre Streitkräfte durchführen und ihre Einsätze blieben oft geheim, so dass sie das mit rein militärischen Operationen verbundene Stigma nicht träfe. Politische Entscheidungsträger setzten daher in der Vergangenheit so weit wie möglich Spezialeinsatzkräfte anstelle von konventionellen Streitkräften ein. Die Effizienz der Spezialeinsatzkräfte habe auch dazu geführt, dass sie für Operationen eingesetzt würden, die eigentlich von konventionellen Streitkräften durchgeführt werden, was wiederum zu Kürzungen der nationalen Verteidigungshaushalte geführt habe. Grundsätzlich verfüge das NSHQ über die Mittel, einheitliche, schlagkräftige und interoperable Spezialeinsatzkräfte in allen Mitgliedstaaten einzusetzen. Den begrenzten Mitteln stünden jedoch zu viele Aufgabenanforderungen gegenüber. Der wachsende Bedarf an strategischer Planung für das Bündnis durch das NSHQ ziehe wertvolle Ressourcen von anderen institutionellen Kernaufgaben ab. Das NSHQ leide an einer dauerhaften Unterbesetzung und sei derzeit mit nur 70 Prozent des eigentlich benötigten Personals ausgestattet. Sie forderte eine verstärkte Unterstützung für die wichtige Institution im Hinblick auf eine solide bündnisweite Spezialeinsatzkräfte-Entwicklung und sprach sich für den Aufbau eines Kaders von elitemäßigen, bestens ausgebildeten und geschulten sowie rasch einsatzbereiten Einheiten in den verschiedenen Regionen des Bündnisses aus. Die Entstehung regionaler Strukturen mit effizienter regionaler Spezialeinsatzkräfte-Präsenz führe zu einer erheblichen Robustheit und stärke die neu geschaffenen Verteidigungs- und Abschreckungsstrukturen der Allianz.

6. Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)

Der Ausschuss tagte am Samstag, 26. Mai 2018, unter dem Vorsitz der Abgeordneten **Joëlle Garriaud-Maylam** (Frankreich).

I. Vortrag von Ingibjörg Gísladóttir, Direktorin des OSZE-Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), zum Thema „Partnerschaft bei Wahlbeobachtungen: Beiträge zur Demokratie und Sicherheit“

Ingibjörg Gísladóttir erläuterte, die OSZE verfolge einen Sicherheitsansatz, der die Politik und das Militär, die Wirtschaft und die Umwelt, einschließlich der *Good Governance* (Gute Regierungsführung) und Korruptionsbekämpfung, sowie den Menschenrechtsschutz und der Pressefreiheit umfassten. Die Durchführung von Wahlbeobachtungsmissionen sei abhängig von der Sicherheitslage in den betroffenen Ländern. In Afghanistan arbeite das Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (Office of Democratic Institutions and Human Rights, ODIHR) eng mit der NATO zusammen.

In der anschließenden Diskussion erkundigte sich Abgeordnete **Jane Cordy** (Kanada) unter Verweis auf den weltweit festzustellenden Rückgang des Vertrauens in demokratische Institutionen, wie dem Vorwurf der Einmischung in Wahlen durch Drittstaaten begegnet werden könne. Ingibjörg Gísladóttir erklärte, das ODIHR nehme die Vorwürfe, die insbesondere gegen die Russische Föderation gerichtet würden, zur Kenntnis, unternehme aber keine eigenen Untersuchungen. Über 70 Prozent der Bevölkerung in Südeuropa misstraue dem eigenen Parlament. Abgeordnete **Brigitte Grouwels** (Belgien) erkundigte sich nach der Effizienz kurzfristiger Wahlbeobachtungen.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen in der Türkei am 24. Juni 2018 erkundigte sie sich nach den Kapazitäten des ODIHR in der Türkei. Ingibjörg Gísladóttir erläuterte, langfristige Wahlbeobachtungen seien kostenintensiv, führten aber insbesondere hinsichtlich der Wahlbedingungen zu wichtigen Erkenntnissen. Aus Kostengründen seien einige Länder nicht zur Entsendung einer ausreichend großen Anzahl von Wahlbeobachtern für langfristige Beobachtungen bereit. Zur Erstellung einer Kapazitätsanalyse würde zunächst eine sog. *Assessment Mission* entsandt. Das ODIHR entsende für die Wahlen in der Türkei 28 langfristige und mehr als 200 kurzfristige Beobachter sowie Expertenteams. Es handele sich um die bislang größte Wahlbeobachtung durch das ODIHR. Nach dem gescheiterten Staatsstreich in 2016 und der Änderung des Wahlgesetzes in 2017 seien die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2018 besonders bedeutsam. Ein Zwischenbericht zu den Wahlen läge zur Mitte der Wahlbeobachtung vor. Abgeordneter **Marc Angel** (Luxemburg) erkundigt sich nach vorhandenen Einschätzungen zum E-Voting. **Ingibjörg Gísladóttir** führte aus, im Hinblick auf mögliche Cyberangriffe habe das ODIHR grundsätzlich Bedenken gegen das E-Voting. Jedoch könne das E-Voting die Wahlbeteiligung insbesondere unter jungen Wählern erhöhen. Derzeit sei die persönliche Wahl die beste Option. Sie informierte, das ODIHR beobachte auch Internetkampagnen und die Parteienfinanzierung durch Dritte. Auf die Frage der Abgeordnete **Marjolein Faber-van de Klashorst** (Niederlande) nach der Finanzierung der Missionen und den Möglichkeiten der Beeinflussung erklärte **Ingibjörg Gísladóttir**, durch ein Peer Review-Verfahren, anhand dessen die teilnehmenden Staaten sich gegenseitig beobachteten, solle jegliche Beeinflussung verhindert werden. Jedes Land dürfe nicht mehr als 50 Prozent der Mitglieder einer Mission stellen. Zudem gebe es einen Spezialfonds für den Fall, dass ein Mitgliedstaat nicht in der Lage sei, Beobachter zu entsenden.

II. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Die Förderung von Demokratie und Menschenrechten im Schwarzmeerraum“, vorgelegt von Generalberichterstatterin Abgeordnete Ulla Schmidt (Deutschland)

Generalberichterstatterin Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland) erklärte, ihr Generalbericht untersuche die Fortschritte bei der Stärkung demokratischer Institutionen und der Wahrung und Einhaltung von Menschenrechten in der Schwarzmeerregion. Sie konstatierte, weltweit und auch in der Region des Schwarzmeers sei ein Rückzug demokratischer Werte zu beobachten. Das Reformtempo in der Ukraine habe nachgelassen. Mehr als vier Jahre nach der „Revolution der Würde“ erscheine eine Rückkehr zu Autokratie und Zensur unmöglich. Bei der Durchführung freier und fairer Wahlen könne die Ukraine eine solide Bilanz vorweisen, die Medienlandschaft sei vielfältig, und es existiere eine unabhängige und lebendige Zivilgesellschaft. Dennoch habe die Ukraine mittlerweile große Mühe, ihren Reformkurs fortzusetzen. Die Generalberichterstatterin ging auf die Lage in der von Rebellen kontrollierten Ostukraine ein und konstatierte, dass in den von Rebellen besetzen Gebieten die Menschenrechte und Grundfreiheiten nach wie vor von der Verwaltung missachtet würden. Von Seiten des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte würden Fälle von Schnellhinrichtungen, gewaltsamem Verschwinden, willkürlichen Inhaftierungen, Folterungen und Misshandlungen und konfliktbedingter sexueller Gewalt festgestellt. Politisch baue Russland seine Kontrolle über die Gebiete weiter aus, indem es die Führungsriege der Rebellen nach und nach austausche. Auf die Lage auf der Krim eingehend erklärte sie, nach der Invasion und rechtswidrigen Annexion der Krim durch russische Streitkräfte in 2014 würden abweichende Meinungen rücksichtslos unterdrückt. Im gesamten besetzten Gebiet würde öffentliche Kritik an den russischen Maßnahmen von den Behörden verfolgt, die Versammlungsfreiheit sei eingeschränkt und Proteste gegen die Besetzung seien verboten. Obwohl die Krim eine vielfältige Region mit bedeutenden Minderheitenvölkern sei, seien die Krimtataren und andere Volksgruppen Polizeirazzien, Verhaftungen, Entführungen und Übergriffen durch die staatlichen Behörden ausgesetzt. Zu Georgien führte sie aus, Georgien sei eines der freiesten Länder in der Region, jedoch stelle die Dominanz einer einzigen Partei eine Gefahr für die Demokratie dar. Sie ging auf die Wahlen in der Türkei am 24. Juni 2018 ein und stellte fest, dass sich die Türkei von der Europäischen Union entferne. Im Schwarzmeerraum seien viele verfestigte Konflikte zu verzeichnen.

In der sich anschließenden Debatte verurteilten einige Abgeordnete das russische Vorgehen auf der Krim, in der Ostukraine sowie in Transnistrien. Sie forderten eine stärkere Berücksichtigung im Bericht. Auf Nachfrage des Abgeordneten **Joaquim Pueyo** (Frankreich) erklärte die Generalberichterstatterin, die Umsetzung des Minsk II-Abkommens und die Vereinbarung eines Waffenstillstands in der Ostukraine sei von entscheidender Bedeutung. Abgeordnete **Irina Fritz** (assoziiertes Mitglied in der Versammlung, Ukraine) wies die im Bericht erhobene Kritik gegen das geplante ukrainische Bildungsgesetz zurück. Sie argumentierte, der Schutz der ukrainischen Sprache als Amtssprache sei notwendig. Die ungarische Kritik am Bildungsgesetz sei nicht nachvollziehbar, da Ungarn

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

die Zusammenarbeit der Ukraine mit den NATO-Ländern blockiere. Auf der Krim würden Menschenrechte massiv verletzt. Sie bat um eine stärkere Betonung der euroatlantischen Bestrebungen der Ukraine. Die Generalberichterstatterin erwiderte, ein Land mit einer großen Minderheitsbevölkerung müsse sensibel im Umgang mit ihr sein.

III. Vortrag von Fabrice Leggeri, Direktor der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) zum Thema „Sicherstellung der Grenzkontrollen in einem sich schnell wandelnden Umfeld*:* Zusammenarbeit zwischen Frontex und Akteuren der Gemeinsamen Außen-und Sicherheitspolitik (GSVP)“

Fabrice Leggeri erklärte, die von der Europäischen Union und weiteren Staaten des Schengen-Raums finanzierte Agentur habe die Aufgabe, das organisierte Verbrechen, den Terrorismus und illegale Flüchtlingsströme zu bekämpfen. Nach den großen Flüchtlingsströmen 2015 sei das Mandat von Frontex gestärkt und das Budget verdreifacht worden. Frontex sei an den wichtigsten Flughäfen in Europa präsent, bis 2020 solle die Zahl der Beschäftigten von derzeit 1.500 verdreifacht werden. Die Agentur unterhalte ein Netzwerk für den Informationsaustausch mit allen Mitgliedstaaten und habe Zugriff auf das Schengener Informationssystem (SIS). Frontex nutze Personendaten zur Erkennung unrechtmäßiger Migration und leite sie an Europol weiter. Seit Anfang 2016 trage die NATO in der Ägäis zur Erstellung eines Lagebildes für die griechische und türkische Küstenwache sowie für Frontex bei. Der verbesserte Informationsaustausch helfe den Behörden bei der Bekämpfung von Schleppernetzwerken. Die Agentur sei auf die Kooperation mit militärischen Einheiten angewiesen und entsende Verbindungsbeamte auf das NATO-Flaggschiff der *Standing NATO Maritime Group 2* (SNMG2) in der Ägäis. Bei EUNAVFOR MED Operationen beteilige sich Frontex an der Ausbildung in der Grenzüberwachung und bei Such- und Rettungsmaßnahmen. Ferner sei Frontex an der Fortbildung der libyschen Küstenwache beteiligt (*EU Integrated Border Assistance Mission in Libya,* EUBAM Libya*)*. Die Agentur baue derzeit autonome Luftüberwachungskapazitäten auf, führe Pilotprojekte mit der Meeressicherheitsbehörde durch und teste Drohnen zur Erstellung von Situationsbildern. Bis 2020 sei die Entsendung von zehn Verbindungsbeamten in Nicht-EU-Länder geplant. In Afrika solle ein Netzwerk aufgebaut werden. Insgesamt seien mit mehr als 80 Nicht-EU-Ländern Kooperationsabkommen geschlossen worden.

Auf Nachfrage des Abgeordneten **Marc Angel** (Luxemburg) zu den Auswirkungen des kommenden Austritts von Großbritannien aus der EU erläuterte er, Großbritannien und Irland trügen als Nichtmitglieder des Schengen-Raums nicht zum Haushalt von Frontex bei, so dass das Ausscheiden keine Auswirkungen auf Frontex habe. Abgeordnete **Jane Cordy** (Kanada) erklärte, durch die Seenotrettung könnten Flüchtlinge und Schlepper zur Migration ermutigt werden. Fabrice Leggeri argumentierte, Frontex sei als EU-Behörde an die Charta der Menschenrechte gebunden. Der Europäische Gerichtshof habe entschieden, dass eine moralische Pflicht zur Lebensrettung bestehe. Um die Einreise von als Flüchtlingen getarnten Terroristen zu verhindern, führe Frontex in den Flüchtlingslagern eine Nachprüfung (sogenannter *second line check*) durch. Abgeordnete **Brigitte Grouwels** (Belgien) erkundigte sich nach der Strategie zur Bekämpfung des Menschenhandels. Fabrice Leggeri erklärte, Frontex arbeite eng mit Verbrechensbekämpfungsbehörden, Drittstaaten und Interpol zusammen. Der Erhebung und Abgleichung personenbezogener Daten komme entscheidende Bedeutung zu. Auf Nachfrage erklärt er, im Fall einer Krise sei nach dem *Rapid Reaction*-Mechanismus die Erstellung einer Bewertung der Situation innerhalb von fünf Werktagen vorgesehen.

IV. Beratung des Berichtsentwurfs „Bevölkerungsschutz in der Arktis und im Mittelmeerraum“ des Unterausschusses „Demokratische Regierungsführung“, vorgelegt von Berichterstatterin Abgeordnete Jane Cordy (Kanada)

Berichterstatterin Abgeordnete **Jane Cordy** (Kanada) erläuterte, aufgrund der veränderten klimatischen Bedingungen sei im hohen Norden ein Anstieg der zivilen, wirtschaftlichen und militärischen Aktivitäten zu verzeichnen. Kreuzfahrtschiffe seien in der Lage, in den Norden weiter als in der Vergangenheit vorzudringen. Die Größe der Region und das raue Klima erschwerten die Seenotrettung. Angesichts der veränderten Situation seien die derzeitig vorhandenen NATO-Kapazitäten für die Seenotrettung zu gering. Beispielsweise verfüge Kanada über 15 veraltete Eisbrecher, Russland hingegen über 40. Die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union, Frontex und den nationalen Küstenwachen sei von entscheidender Bedeutung.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

In der Aussprache bat Abgeordnete **Madeleine Moon** (Vereinigtes Königreich), den Bericht hinsichtlich des erhöhten Meeresspiegels und dessen Auswirkungen auf die Arktis und den im Permafrost vorhandenen Kohlenstoff zu ergänzen.

V. Beratung des Sonderberichtsentwurfs „Abwehr hybrider Bedrohungen durch Russland: Stand der Dinge“ von Sonderberichterstatter Lord Jopling (Vereinigtes Königreich) im Rahmen einer Paneldiskussion zum Thema „Herausforderung der euroatlantischen Gemeinschaft durch Russland“ mit Marek Menkiszak, Leiter der Russland-Abteilung des Zentrums für Oststudien, Warschau, und mit Robert Pszczel, Referent für Russland und den Westbalkan in der Abteilung für öffentliche Diplomatie der NATO

Die Diskussion wurde durch Sonderberichterstatter **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) eröffnet, der seinen Bericht zu „Abwehr hybrider Bedrohungen durch Russland: Stand der Dinge“ vorstellte. Er betonte, die Vergiftung des ehemaligen russisch-britischen Doppelagenten Sergej Skripal im britischen Salisbury sei kein Einzelfall. Präsident Putin betrachte die NATO als Feind. Die russische Außenpolitik diene der Ablenkung von den innenpolitischen Problemen. Der Kreml untergrabe die westlichen Demokratien, in dem er beispielsweise kleine Parteien in EU-Staaten finanziell unterstütze. Er forderte einen besseren Schutz vor Angriffen auf die Unterseekabel, die 97 Prozent der globalen Kommunikation zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika sicherstellten. Der Westen müsse seine Zivilgesellschaften stärken und Finanzströme aus Russland besser überwachen. Er sprach sich für die Umsetzung des Vorschlags des ehemaligen britischen Außenministers William Hague aus, der die Aufnahme eines neuen Artikels 5b in den Nordatlantikvertrag geforderte hatte, der den Bündnisfall für den Fall von hybriden Angriffen vorsehen würde.

Marek Menkiszak referierte zum Thema „Putins letzte Amtszeit? Was zu erwarten ist“ und erklärte, da Präsident Putin plane, auf Dauer im Amt zu bleiben, setze das russische Regime alles für den Machterhalt ein. Russland betrachte die USA als ihren Feind und lehne die aktuelle Weltordnung ab. Die russische Außen- und Sicherheitspolitik diene der Ablenkung von den bestehenden innenpolitischen Schwierigkeiten. Unter Ausnahme der drei baltischen Staaten strebe Russland die Kontrolle über die ehemaligen sowjetischen Gebiete an und beabsichtige, eine Sicherheits-Pufferzone in Mitteleuropa zu errichten. Ferner plane Russland, die Präsenz der USA in Europa mittels verstärkter russischer Präsenz zurückzudrängen. Die Kriege in der Ukraine und Syrien seien Stellvertreterkriege gegen den Westen, innen- und außenpolitisch seien keine Veränderungen zu erwarten. Die russische Wirtschaft werde weiterhin stagnieren und die Militarisierung von Staat und Gesellschaft voranschreiten.

Robert Pszczel führte zum Thema „Die Antwort der NATO auf die hybriden Taktiken Russlands“ aus, die Taktik der hybriden Kriegsführung könne angesichts der Tatsache, dass 68 Prozent der russischen Bevölkerung die eigene Wirtschaft als katastrophal einschätzten, auch als Zeichen der Schwäche interpretiert werden. Zunächst müsse ein Bewusstsein für die Bedrohungen entwickelt und die Politik der Verteidigung, Abschreckung und des Dialogs fortgeführt werden. Besondere Bedeutung komme der Zusammenarbeit zwischen der NATO mit der Ukraine zu. Die Ukraine sei Opfer der russischen Aggression und als Frontstaat im Fokus russischer Aufmerksamkeit. Er bezeichnete den Verzicht der NATO-Staaten auf den Einsatz von Propaganda als eine Schwäche. Eine teilweise romantisierte Sicht auf Russland sei einer der Gründe für die Unentschlossenheit des Westens.

In der anschließenden Diskussion teilten viele Abgeordnete die Einschätzungen der Redner. Abgeordnete **Anissa Kheder** (Frankreich) erklärte mit Verweis auf das Brexit-Referendum, Russland mische sich in innerstaatliche demokratische Prozesse ein. Abgeordnete **Irina Fritz** (assoziiertes Mitglied in der Versammlung, Ukraine) ergänzte, Russland führe Tests zur Entwicklung von chemischen und biologischen Waffen durch. Abgeordnete **Madeleine Moon** (Vereinigtes Königreich) ging auf die Probleme von Zivilgesellschaften ein und erklärte, die britische Bevölkerung sei verdrossen und zynisch. Während sich im Osten und in Skandinavien ein Bewusstsein für die hybride Kriegsführung und eine entsprechende Resilienz herausbilde, bestehe im Westen die Gefahr der Desinformation. Auf Nachfrage erklärte **Marek Menkiszak**, Überlegungen, Nord Stream 2 zu militärischen Zwecken und zur Datensammlung einzusetzen, lägen vor. Das Projekt sei wegen der Abhängigkeit von russischen Ressourcen umstritten. Abgeordneter **Dr. Alexander S. Neu** (Deutschland) erklärte, seine Partei DIE LINKE. werde nicht von Russland finanziell unterstützt. Er erkundigte sich, wie der Bevölkerung das Zwei-Prozent-Ziel erklärt werden solle, wenn im Vergleich zu Russland die Gesamtausgaben der Verbündeten für Verteidigung um ein Vielfaches höher lägen. Er gab zu bedenken, dass auch der Westen Spionage betreibe und erinnerte an die NSA-Affäre. Er konstatierte, dass in Deutschland keine antirussische Stimmung herrsche. **Robert Psczcel** legte dar, nicht alle russischen Ausgaben für das Militär spiegelten sich im Militärhaushalt wider.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

7. Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Samstag, 26. Mai 2018, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Ivans Klementjevs** (Litauen). Zentrale Themen der Sitzung waren die Sicherheit der Energieversorgung in Europa, das internationale Handelssystem sowie die Zukunft der Raumfahrtindustrie.

I. Vortrag von Piotr Wawrzyk, Staatssekretär im Außenministerium Polens, zum Thema „Die Europäische Union und ihre Zukunft nach dem Brexit – Polens Perspektive und Prioritäten in der EU"

Aus polnischer Sicht, erklärte **Piotr Wawrzyk**, seien die Wahrung der Rechte der Mitgliedstaaten und das Prinzip der Subsidiarität innerhalb der EU wichtige Säulen. Souveränität bedeute auch, Wahlergebnisse in politische Handlungen umzusetzen. Polen sehe eine Priorität in der Stärkung der europäischen Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit und investiere zwei Prozent seines BIP für Verteidigung. Das besondere Engagement seines Landes im Rahmen der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) zeige sich auch durch den Beitritt zu PESCO. Er warb für eine Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen NATO und EU zur Verbesserung der Krisenfähigkeit. Wichtig sei auch die Intensivierung der strukturellen Zusammenarbeit. Piotr Wawrzyk sagte, die Weiterentwicklung des Binnenmarktes der EU habe große Bedeutung für alle Mitgliedstaaten. Als besondere Herausforderungen nannte er in diesem Zusammenhang Digitalisierung und Internetsicherheit. Zum Thema Brexit erklärte er, Lösungen für die zukünftige Gestaltung der wirtschaftlichen und politischen Verbindungen müssten in Verhandlungen gefunden werden. Die Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung habe einen besonderen Stellenwert. Abschließend betonte er, die Erweiterung des Bündnisses durch Länder des westlichen Balkans trage entscheidend zur Stabilität in der Region bei. Die EU müsse dort verstärkt mit ihren Werten werben und intensiver gegen Fehlinformationen, insbesondere aus Russland, vorgehen. In der Diskussion fragte der Abgeordnete **Bob Steward** (Vereinigtes Königreich) nach der polnischen Perspektive für die Eurozone. Piotr Wawrzyk sagte, eine Entwicklung hin zu zwei Gruppen innerhalb der EU sei keine Lösung. Entscheidungsprozesse müssten transparenter kommuniziert werden, um den negativen Einstellungen, die viele Bürgerinnen und Bürger hätten, entgegen zu wirken. Auf die Frage des Abgeordneten **Georgios Kyrtsos** (Europäisches Parlament) zur Flüchtlingspolitik erklärte Piotr Wawrzyk, Polen nehme sehr aktiv an dem Kommunikationsprozess innerhalb der EU teil. Man habe die vertragliche Verpflichtung, für Sicherheit und Ordnung auf dem eigenen Staatsgebiet zu sorgen. Die Verteilung nach festen Quoten sei mit geltendem EU-Recht nicht vereinbar. Er betonte, jeder Mitgliedstaat müsse das Recht haben zu entscheiden, wer aufgenommen wird.

II. Vortrag von Dr. Anders Aslund, Atlantischer Rat, Washington D.C., zum Thema „Russische Energiepolitik in Ost- und Zentraleuropa"

Dr. Anders Aslund erklärte eingangs, der Ölsektor sei für Russland inzwischen ökonomisch wichtiger als der Gasbereich. Er wies darauf hin, dass der Marktwert von Gazprom um 85 Prozent gefallen sei. Aber Gazprom werde auch nicht wie eine normale Firma geführt, sondern diene überwiegend der Geldwäsche für Putins Freunde und werde ansonsten für die geopolitischen Ambitionen Russlands genutzt. Gazprom habe seine Preispolitik angepasst aufgrund der Veränderungen auf den internationalen Energiemärkten, z. B. durch eine Zunahme von Flüssiggasangeboten, aber Korruption und politische Einflussnahme dominierten nach wie vor. Strategisch richte man sich inzwischen fast nur noch auf große EU-Länder aus, was das Projekt Nord Stream 2 verdeutliche. Problematisch sei die Abhängigkeit von einem Großlieferanten für die Sicherheit der Energieversorgung. Viele osteuropäische Länder seien gegen das Projekt, da sie eine Oligopolitisierung des Marktes und höhere Preise befürchten. Für die Ukraine bedeute das Projekt Einnahmeverluste.

Auf die Frage des Abgeordneten **Richard Benyon** (Vereinigtes Königreich) sagte **Dr. Anders Aslund,** das russische Geld werde auf Umwegen durch anonyme Unternehmen vorwiegend in den Immobilienmärkten der USA und Großbritanniens investiert, weil die rechtlichen Bedingungen es dort zuließen. Er verwies auf die Veröffentlichungen zu den *Panama Papers*. Der Abgeordnete **Menno Knip** (Niederlande) fragte, warum Deutschland sich in diese Abhängigkeit von Russland begebe. **Dr. Anders Aslund** wies auf die enge historische Verbundenheit beider Länder und einige russlandfreundliche deutsche Politiker hin. Er erinnerte an die Zusage der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel, Nord Stream 2 werde nur akzeptiert, wenn Russland weiterhin Gas durch die Ukraine leite. Auch gebe es in der deutschen Bevölkerung kaum große Vorbehalte gegenüber Russland. Dr. An-

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

ders Aslund erklärte weiter, die Energieabhängigkeit der EU sei seit 2005 zurückgegangen. Die erwartete Zunahme des Gasverbrauchs sei ausgeblieben und Energieeinsparungen zeigten ebenfalls Wirkung. Abschließend sagte der Redner mit Blick auf andere Pipelineprojekte im Schwarzmeerraum, zuversichtlich stimme ihn die Zunahme von alternativen Angeboten und die verstärkten Bemühungen um Diversifizierung.

III. Vortrag von Professor L. Alan Winters, Professor für Wirtschaft, Universität von Sussex, zum Thema „Die Zukunft des internationalen Handelssystems"

Professor **L. Alan Winters** erklärte eingangs, das 1947 eingeführte Handelssystem sei ein großer Erfolg gewesen. Allerdings habe sich besonders in den letzten Jahren die Situation verschlechtert. Der Protektionismus im Bereich Landwirtschaft sei ein großes Problem und auch andere Barrieren erschwerten eine positive Entwicklung. Die Globalisierung führe in vielen Ländern zu Vorbehalten und Populismus. Besorgt zeigte er sich über die Entwicklungen in den USA, in denen das Interesse am freien Handel verloren gegangen sei. Die Einführung von Zöllen werde dort begründet mit der Verteidigung der nationalen Sicherheit. Die Situation sei alarmierend, da der internationale Handel durch das unkalkulierbare Verhalten von großen Akteuren für alle riskanter werde. Unsicherheit führe zu wirtschaftlichen Krisen. Auch sei das rechtsbasierte System nicht selbstverständlich, es drohe zu erodieren. Professor L. Alan Winters warb vor dem Hintergrund der Entwicklungen für eine stärkere Unterstützung der WTO und der Bildung von Koalitionen, um Handelsinstitutionen und allgemein verbindlichen Regularien wieder ein stärkeres Gewicht zu geben. In der Diskussion bejahte Professor L. Alan Winters den Zusammenhang zwischen Handel und Wirtschaftswachstum. Er sagte mit Blick auf den Ausstieg der USA aus dem Iran-Abkommen, kurzfristig bringe es vielleicht Vorteile. Jedoch bedeute die Zerstörung von Vertrauen langfristig Verluste.

Der Abgeordnete **Christian Tybring-Gjedde** (Norwegen) thematisierte Protektionismus mit Blick auf nationale Rüstungsindustrie. Professor **L. Alan Winters** entgegnete, die hohen Kosten sprächen dagegen, auch wenn nationale Sicherheit wichtig sei. Er erklärte, Protektionismus schade der Robustheit und Wettbewerbsfähigkeit eines Sektors. Er warb für Kompromisse zur Aufrechterhaltung des Handelssystems. Regulierungsbehörden und allgemein anerkannte Streitbeilegungsverfahren seien ebenso wichtig wie eine verstärkte Zusammenarbeit.

IV. Beratung des Berichtentwurfs „Herausforderungen für die Energiesicherheit in Mittel- und Osteuropa" des Unterausschusses „Übergang und Entwicklung", vorgelegt von Berichterstatterin Abgeordnete Ausrine Armonaite (Litauen)

Berichterstatterin **Ausrine Armonaite** erklärte eingangs, die globalen Energieprognosen hätten sich im Laufe der letzten zehn Jahre erheblich verändert. Die Abhängigkeit von russischem Erdgas in Mittel- und Osteuropa sei das Erbe des Kalten Krieges. Russische Unternehmen hätten durch ihre dominante Stellung langfristige Festpreisverträge aufzwingen können. Das habe in beiden russisch-ukrainischen Energiekonflikten 2006 und 2009 zu Versorgungsstörungen in mehreren europäischen Ländern geführt. Ein Ergebnis dieser Erfahrungen durch die Abhängigkeit von einem Lieferanten sei auch das dritte Energiepaket der EU gewesen, wodurch der europäische Energiemarkt liberalisiert wurde. Zusätzlich sollen erneuerbare Energien ausgebaut und die Energieeffizienz gesteigert werden. Die EU erklärte den Verbund von Gas- und Stromnetzen zu einem Kernziel. Daneben wirke sich die massive Ausweitung des Öl- und Gassektors in Nordamerika gravierend auf die Weltmarktpreise aus. Russland reagiere auf diese Veränderungen und der politische Einfluss sei reduziert, solange andere Optionen zur Verfügung stehen. Gleichwohl reagieren viele osteuropäische Länder besorgt auf das Nord Stream 2 Projekt. Mehrere Regierungen sähen die Pipeline im Widerspruch zu EU-Recht, wonach es Gaslieferanten verboten sei, die Infrastruktur der Lieferwege zu besitzen. Die Berichterstatterin kritisierte, die Pipeline werde anderen Zulieferern nicht zur Verfügung gestellt. Das Projekt untergrabe die europäische Solidarität und stelle die deutsche Energiepolitik über die Sicherheitsinteressen von Polen, der baltischen und der nordischen Staaten.

In der Diskussion betonte der Abgeordnete **Jürgen Trittin** (Deutschland), Kernkraftwerke stellten ein Sicherheitsproblem dar und seien potenzielle Angriffsziele. Zur Steigerung der Energiesicherheit sollte nicht allein auf eine Diversifizierung der Importe gesetzt, sondern auch erneuerbaren Energien stärker gefördert werden. Er thematisierte die europäischen Klimaziele und die notwendige Absenkung des Kohleverbrauchs. In der EU funktioniere die Marktliberalisierung. Die Entscheidung für oder gegen Nord Stream 2 müsse der Energiemarkt treffen. Neben Russland gebe es auch andere Akteure, die zu kritisieren seien, z. B. Katar und Aserbaidschan. Der Abgeordnete **Dr. Alexander S. Neu** (Deutschland) erklärte, Russland habe der Ukraine das Gas zum Weltmarktpreis geliefert, ein Freundschaftspreis wäre eine geopolitische Waffe gewesen. Die Ukraine habe sich bei der Gasdurchleitung als nicht zuverlässig erwiesen. Zu Nord Stream 2 erklärte er, es sei das Recht zweier souveräner Staaten,

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Verträge zu schließen. Das Flüssiggas, beispielsweise aus den USA, sei teurer als russisches Gas. Auch sei das *Fracking* ökologisch bedenklich. Die ablehnende Haltung im Berichtsentwurf gegenüber Nord Stream 2 zeuge nicht von einer Geschlossenheit innerhalb der Versammlung. Die Berichterstatterin **Ausrine Armoneite** entgegnete, durch Nord Stream 2 vergrößere sich die Anhängigkeit von einem Anbieter. Außerdem sei Gazprom nicht nur ein Unternehmen, denn Russland nutze es politisch für seinen Einfluss auf Europa. Sie habe auch Bedenken, dass das Projekt im Einklang stehe mit dem dritten Energiepaket der EU. Die Abgeordnete **Malahat Ibrahimgizi** (Aserbeidschan) widersprach der Einschätzung des deutschen Abgeordneten. Ihr Land sei ein zuverlässiger Lieferant und ein enger Verbündeter der NATO. Der Abgeordnete **Jürgen Trittin** (Deutschland) entschuldigte sich für das Missverständnis. Er unterstütze die Auffassung von Kanzlerin Merkel, dass der Ukraine über Lieferverträge langfristig eine garantierte Menge an Gaslieferungen zugesichert werden soll. Der Abgeordnete **Dr. Alexander S. Neu** (Deutschland) sagte, die Transitsicherheit in der Ukraine müsse gewährleistet sein. Auch fehlten im Berichtsentwurf Hinweise auf den Druck der USA gegen Nord Stream 2. Die Berichterstatterin erklärte abschließend, die Lieferung von Flüssiggas aus den USA stelle keine Bedrohung für die Energiesicherheit in Europa da.

V. Beratung des Berichtsentwurfs „Die Gefährdung des internationalen Handelssystems und die Erfordernis einer Rückkehr zu den Grundprinzipien" des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen", vorgelegt vom amtierenden Berichterstatter und Unterausschussvorsitzenden Abgeordneter Faik Oztrak (Türkei), vorgestellt vom stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses Abgeordneter Jean-Luc Reitzer (Frankreich)

Für den abwesenden Unterausschussvorsitzenden Faik Oztrak stellte der stellvertretende Vorsitzende des Unterausschusses Abgeordneter **Jean-Luc Reitzer** (Frankreich) den Berichtsentwurf vor. Er wies auf die positive Wirkung des Handels hin: Sicherheit, Demokratie und Freihandel verstärkten sich gegenseitig. Es gebe jedoch beunruhigende Entwicklungen, z. B. durch einen zunehmenden nationalen Protektionismus, der eine Gefahr für den weltweiten Wohlstand sei. Die globalen Veränderungen dürften nicht als Bedrohung empfunden, sondern sollten als Chance gesehen werden. Es sei Aufgabe der Politik, die positiven Aspekte den eigenen Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln.

In der Diskussion warb der Abgeordnete **Richard Benyon** (Vereinigtes Königreich) für die Entwicklung gemeinsamer Strategien, um den Herausforderungen zu begegnen. Der Abgeordnete Christian **Tybring-Gjedde** (Norwegen) thematisierte das Verhalten der USA, das bei einigen Aktionen nicht mehr im Einklang mit bisher geltenden Werten stehe. Er sei ein Anhänger des Freihandels, aber mit Regeln für soziale Gerechtigkeit.

VI. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Die Zukunft der Raumfahrtindustrie", vorgelegt vom Generalberichterstatter Senator Jean-Marie Bockel (Frankreich)

Generalberichterstatter Senator **Jean-Marie Bockel** (Frankreich) wies eingangs auf den im Oktober anstehenden Besuch in Frankreich hin, dessen Schwerpunkt die europäische Raumfahrtindustrie sei. Senator Bockel verdeutlichte die erheblichen Veränderungen der letzten 60 Jahre durch den technologischen Fortschritt. Trotz der hohen Kosten hätten Weltraumprogramme einen substanziellen strategischen und wirtschaftlichen Nutzen. Wichtige Entwicklungen in den Bereichen Kommunikation und Wettervorhersage seien dadurch angestoßen worden. Die internationale Raumstation ISS sei perfekter Ausdruck zwischenstaatlicher Kooperation im All. Mit Blick auf die Finanzierung, Erforschung und Kommerzialisierung stehe jedoch eine Revolution bevor. Wo früher fast ausschließlich nur Großmächte agierten, gebe es inzwischen auch viele Privatunternehmen und sogar Einzelpersonen. Weltraumsysteme seien für die NATO und die globale Sicherheit inzwischen unverzichtbar, so der Generalberichterstatter. Er nannte hier die ballistischen Interkontinentalraketen und Militärsatelliten, die Kommando- und Kontrollzwecken dienten oder zur Nachrichtengewinnung eingesetzt würden. Zu den Herausforderungen zählten Cyberbedrohung, Weltraumschrott, gesetzliche Barrieren und die drohende Militarisierung des Weltraums. Abschließend wies er darauf hin, dass die Überarbeitung nationalen und internationalen Weltraumrechts aufgrund veränderter Rahmenbedingungen notwendig sei.

In der Diskussion thematisierte der Abgeordnete **John Spellar** (Vereinigtes Königreich) das europäische Satellitennavigationssystem Galileo. Mit dem Austritt seines Landes aus der EU werde es auch die Rechte an der Nutzung des Galileo-Systems verlieren. Die angebotene Kooperation im Wissenschaftsbereich sei keine Alternative zur regulären Teilnahme am Galileo-Programm. Senator **Jean-Marie Bockel** erklärte, über die Bedingungen einer zukünftigen Beteiligung am Programm müsste direkt mit der Europäischen Weltraum-

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

organisation ESA verhandelt werden. Auch Partnern außerhalb der EU sollte eine Teilnahme und Unterstützung ermöglicht werden, insbesondere Großbritannien.

VII. Zukünftige Aktivitäten

Der Vorsitzende des Unterausschusses „Übergang und Entwicklung", Abgeordneter **Michal Szczerba** (Polen), berichtete von der durchgeführten Reise nach Odessa (Ukraine). Für den Bericht zum Thema Energiesicherheit in Zentral- und Osteuropa kündigte er außerdem einen Besuch in Aserbaidschan im September an. Der stellvertretende Vorsitzende des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen", Abgeordneter **Jean-Luc Reitzer** (Frankreich), kündigte Reisen nach Japan im Juni sowie nach Frankreich im Herbst an. Thema des Berichts werde der Freihandel sein.

8. Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie kam am 27. Mai 2018 in Warschau unter der Leitung seiner Vorsitzenden, der Abgeordneten **Maria Martens** (Niederlande), zusammen, um die Themen „Militärische Entwicklungen in Russland", „Russlands Einmischung in Wahlen und Referenden", „Innovationen im Verteidigungsbereich", „Verschlüsselungen, Darknet und Kryptowährungen als Instrumente von Terroristen", „Der Iran-Deal" sowie „Verhaltener Optimismus in Bezug auf Nordkorea"" zu beraten.

I. Vortrag von Andrzej Wilk, Zentrum für Osteuropastudien, Polen, zum Thema „Russlands militärische Entwicklungen und Herausforderungen an der Ostflanke"

Andrzej Wilk erläuterte zunächst, dass Präsident Putin nach seiner Amtsübernahme eine neue Kommandostruktur für das Militär eingeführt habe - weg von einer distriktbasierten hin zu einer landesweiten Strategie. Ein wichtiges Element sei dabei die Zentralisierung von Militärübungen gewesen, die darauf abzielten, in unterschiedlichsten Szenarien rasche Einsatzfähigkeit zu gewährleisten. Dank der hohen Einnahme durch den Verkauf von Öl habe über Jahre eine Modernisierung des Militärs stattfinden können; die Einnahmen seien jedoch eingebrochen, so dass russische Verantwortliche von einer Budgetkürzung um ein Drittel sprechen. Wegen der mangelnden Budgettransparenz sei eine realistische Einschätzung schwierig. Durch eine Reihe von Maßnahmen sei das Offensivpotential der russischen Streitkräfte deutlich erhöht worden; dazu zählten die Zahl der Regimenter, Beschaffung neuer Panzer und schließlich eines neuen Systems für elektronische Kriegsführung. Der Redner forderte von der NATO, ihre Verteidigungsfähigkeiten auszubauen, insbesondere bei der Marine, um möglichen Irritationen in der Ostsee und im Schwarzen Meer vorzubeugen.

Die Diskussion läutete Abgeordnete **Eero Karneva** (Finnland) mit der Frage ein, wie stark Russlands Militäraktionen in der Ostukraine und in Syrien diese Modernisierung wiederspiegelten. **Andrzej Wilk** machte deutlich, dass es einen großen Unterschied gebe - in der Ukraine habe Russland alte Ausrüstung verwendet in Syrien hingegen werde neues Equipment getestet. Abgeordneten **Alain Destexhe** (Belgien) interessierte, ob die russische Verteidigungsindustrie autonom sei. Andrzej Wilk bestätigte das. Abgeordneter **Mindaugas Puidokas (**Litauen) wollte zunächst wissen, ob Russlands elektronische Kriegsführung verbessert worden sei und zweitens, ob China sich als Konkurrent sehe oder Russlands Außenpolitik eher gut heiße. **Andrzej Wilk** erklärte**,** hätte die NATO keine *anti-jammer*, könnte Russland tatsächlich massiv stören. Wirtschaftlich hätten China und Russland parallele Interessen; auch bestehe eine enge militärische Kooperation, wobei China technologisch weit hinterherhinke. Abgeordneter **Roberto Morassut** (Italien) erkundigte sich nach Russlands Aktivitäten in der Arktis. **Andrzej Wilk** schickte voraus, dass von den NATO-Ländern allein Kanada über beachtliches Potenzial in der Arktis verfüge, Russland sei aber dort schon viel länger aktiv, z. B. mit seinen regelmäßig stattfinden Militärübungen.

II. Beratung des Generalberichts „Die Einmischung Russlands in Wahlen und Volksbefragungen innerhalb des Bündnisses", vorgelegt von Generalberichterstatterin Abgeordnete Susan Davis (Vereinigte Staaten)

Generalberichterstatterin Abgeordnete **Susan Davis** (Vereinigte Staaten) fasste ihren Bericht zusammen und verwies dabei zunächst auf die neuen Entwicklungen bei Desinformationskampagnen - insbesondere beleuchtete sie Russlands Aktivitäten. Nachweisbar auf den Wahlkampf in den USA und Frankreich habe Russland Einfluss ge-

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

nommen, wobei die Akteure nicht plump pro-russische Propaganda verbreitet, sondern vielmehr gezielt in gesellschaftliche Verwerfungen hineingewirkt hätten. Blitzschnell seien diese Mitteilungen dann im Internet an ihre Empfänger gelangt. Was gegen Cyber- und Desinformationsattacken zu unternehmen sei, fasste die Berichterstatterin in drei Punkten zusammen: erstens, müsse den für Wahlkämpfe IT-Verantwortlichen ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden, um Cyberangriffe aufspüren und abwehren zu können. Zweitens habe man sich darauf einzustellen, dass die russischen Cyberangriffe sowohl gegen private wie öffentliche Einrichtungen ausgeführt würden. Drittens sei die Rolle der *social media* beim Verbreiten von Falschinformationen neu zu bewerten und nach Möglichkeiten zu suchen, diese Plattformen zur Rechenschaft zu ziehen.
Baroness Ramsay of Cartvale (Vereinigtes Königreich) leitete die Diskussion mit der Frage ein, was denn die NATO gegen *cyberwarfare* unternehmen könne. Abgeordnete Susan Davis plädierte dafür, dass die NATO-Länder sich untereinander besser über Erfolge und Misserfolge bei der Bekämpfung von Cyberattacken austauschen sollten. Jedes Land müsse eigene Anstrengungen unternehmen, die Fakten prüfen und vor allen Dingen die eigene Bevölkerung besser aufklären und zu kritischerem Hinterfragen ertüchtigen.

III. Beratung des Sonderberichtsentwurfs „Innovationen im Verteidigungsbereich: Nutzen aus der NATO-Wissenschafts- und Technologiebasis ziehen", vorgelegt von Sonderberichterstatterin Abgeordnete Leona Alleslev (Kanada)

Sonderberichterstatterin Abgeordnete **Leona Alleslev** (Kanada) kritisierte eingangs, die NATO habe zwar ihre Investitionen in Verteidigungsforschung und -entwicklung erhöht, andere Länder wie Russland und China seien ihr jedoch weit voraus. Innerhalb des Bündnisses sei darauf zu achten, dass die Forschungslücke unter den Ländern eng bleibe, um Interoperabilität zu gewährleisten. Den Alliierten komme die NATO als Organisation insofern zu Gute als sie die Verteilung technologischer Innovationen und die Lastenteilung unter den Mitgliedern steuern kann. Verbesserungspotential sah Abgeordnete Leona Alleslev auch bei der rascheren Herstellung von Prototypen und eines optimierten Netzwerkes von Experten. Ferner müsse die Projektierung konkreter werden, so dass jedes Mitglied ein klares Ziel vor Augen habe.
Die Diskussion leitete Abgeordneter **Dr. Karl-Heinz Brunner** (Deutschland) ein und warb dafür, zunächst erst einmal die eigenen Ziele bei der verteidigungsrelevanten Forschung und Entwicklung zu definieren und auf dieser Basis dann ein abgestimmtes Verfahren einzuleiten. Dem pflichtete Sonderberichterstatterin **Leona Alleslev** bei und sagte zu, bei der Fortschreibung des Berichtes diesen Aspekt zu berücksichtigen. Abgeordneter **Ivan Klementjevs** (Lettland) wies darauf hin, dass sein Land die von der NATO gesetzten Vorgaben erfülle und plädierte für eine forcierte Unterstützung der Satellitenentwicklung durch die NATO-Länder. **Lord Emerson** (Vereinigtes Königreich) unterstrich das Erfordernis, bei der Verteidigungstechnologie den zivilen Sektor eng einzubinden, wo bedeutende Forschungsvorhaben - wie KI und *Big Data* - realisiert würden. Die Sonderberichterstatterin bestätigte, dass es enorm wichtig sei, die im privaten Sektor gewonnenen Innovationen für den Verteidigungsbereich zu nutzen.

IV. Vortrag von Robert Murray, Geheimdienstchef der NATO, zum Thema „AWACS: wie kann die Aufklärung und Überwachung der NATO in Zukunft aussehen?"

Robert Murray erklärte seine Funktion in der NATO damit, dass er die Verknüpfung herstelle zwischen technologischer Innovation und ihrer politischen Umsetzung in den Bündnisländern. Das neue *Alliance Future Surveillance and Control System (AFSC)* werde das überholte AWACS ersetzen. Um das AFSC im Jahr 2035 an den Start zu bringen, müsse zunächst der Leistungsumfang festgelegt werden. Momentan sei der noch zu umfangreich, so dass Robert Murray eine schrittweise Systemeinführung empfahl - zunächst luftgestützt, dann weltraumgestützt und zuletzt bodengestützt. Unverzichtbar sei eine Interoperabilität in jeder Phase, so dass sich keine technologischen Lücken unter den Bündnisländern auftun könnten.

Als erste fragte Abgeordnete **Leona Alleslev** (Kanada), ob der für die Einführung von AFSC skizzierte Zeitrahmen realistisch sei, was der Vortragende bejahte. Abgeordneten **Kevan Jones** (Vereinigtes Königreich) interessierte, wie die Alliierten dieses Projekt unterstützten. **Robert Murray** antwortete, dass aktuell drei Nationen die Vorreiterrolle übernommen hätten.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

V. Vortrag von Jennifer Henderson, ehemalige Direktorin des Defence Science and Technology (DSTL) Laboratory, zum Thema „Verbesserung der Gendergerechtigkeit im DSTL des Vereinigten Königreiches

Jennifer Henderson erläuterte eingangs, das *Defence Science and Technology Laboratory* gehöre zum britischen Verteidigungsministerium und führe gesundheits- und verteidigungsrelevante Forschung durch, und zwar nicht nur für den Verteidigungsbereich. Praktisch habe es z. B. bei den Olympischen Spielen in London oder der Ebola-Epidemie in Sierra Leona mitgewirkt. Als Henderson Leiterin des Labors geworden sei, habe sie feststellen müssen, wie wenige Frauen dort in Führungspositionen beschäftigt waren. Das sei sicherlich darauf zurückzuführen, dass die MINT-Fächer bei Mädchen nicht so populär seien und deshalb auch nur wenige Hochschulabgängerinnen mit naturwissenschaftlichem Abschluss auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. In ihrer Forschungseinrichtung sei man gezielt auf die Nachwuchswissenschaftlerinnen zugegangen, habe sie zu Bewerbungen auf Leitungsstellen ermutigt und ihnen mit Mentoringprogrammen für ihren Karriereweg Unterstützung angeboten. Bereits nach drei Jahren sei die Zahl der Frauen auf Leitungsposten deutlich gestiegen.

Abgeordnete **Leona Alleslev** (Kanada) erkundigte sich danach, wie es gelinge Frauen einzuwerben. Jennifer Henderson antwortete, der Schlüssel liege in flexiblen Arbeitszeiten, so dass die von den Naturwissenschaftlerinnen gewünschte *work-life-balance* ausgeglichen sei. Hand in Hand damit gehe ein gute Arbeitseffizienz und Zufriedenheit mit dem Job. Abgeordneter **Dr. Karl-Heinz Brunner** (Deutschland) fragte, wie es gelingen könne, mehr Frauen in die MINT-Berufe zu bringen und ob nicht bereits in sehr jungen Jahren bei den Kindern entsprechende Impulse gesetzt werden müssten. Jennifer Henderson schilderte ihre Beobachtung, dass Rollenbilder bei den Mädchen bereits im Alter zwischen 5 und 11 Jahren angelegt würden, also gerade in dieser Zeit ihnen die naturwissenschaftlichen Fächer nahegebracht werden sollten.

VI. Beratung des Berichtsentwurfs „Wie Terroristen verschlüsselte Nachrichten, das Darknet und Kryptowährungen nutzen" des Unterausschusses „Technologietrends und -sicherheit", vorgelegt vom Abgeordneten Matej Tonin (Slowenien)

Für den verhinderten Berichterstatter fasste Abgeordneter **Bruno Vitorino** (Portugal) den Berichtsentwurf zusammen. Mithilfe verschlüsselter Kommunikation, des Darknets und von Kryptowährungen gelinge es terroristischen Vereinigungen, Propaganda zu verbreiten, Nachwuchs zu gewinnen und Geld zu beschaffen. Um dem entgegenzuwirken, müssten Regierungen die einschlägigen Plattformen beobachten, nachrichtendienstlich operieren, neue Gesetze auf den Weg bringen und Verschlüsselungen stören oder verhindern. Auf jeden Fall sei darauf zu achten, dass das Grundrecht der Privatsphäre geschützt werde.

Ein Abgeordneter aus Luxemburg warb dafür, strengere Regeln einzuführen, so dass die Anbieter z. B. gewaltverherrlichende Inhalte oder *hate speech* entfernen müssen; letztendlich sollte ein *code of conduct* vereinbart und dessen Einhaltung auch überwacht werden.

VII. Vortrag von Sean Kanuck, Direktor der Abteilung Cyber, Weltraum und zukünftige Konflikte bei dem *International Institute for Strategic Studies* (IISS), zum Thema „Entwicklung der Cyberbedrohung"

Zunächst skizzierte **Sean Kanuck** einige Trends bei den Cyberbedrohungen und kritisierte die fehlende Gesetzgebung zum virtuellen Raum. Die internationale Staatengemeinschaft habe sich dazu auf keine gemeinsame Regelung verständigen können. Ziel von Cyberattacken seien zunehmend Firmen und nicht so sehr das Militär. Auch die Bedeutung von *fake news* nehme zu.

Baroness Ramsay of Cartvale (Vereinigtes Königreich) fragte nach effizienten Gegenmaßnahmen, wenn - wie am Beispiel Russlands und Nordkoreas - Sanktionen nicht mehr funktionierten. Angesichts der Alternativen - *hack back* z. B. - stellten nach Meinung **Sean Kanucks** Sanktionen immer noch die besten Gegenmaßnahmen dar. Abgeordnete **Cheryl Gallant** (Kanada) bat den Referenten um seine Einschätzung zum "Einschleichen" von NATO-Spezialisten in kriminelle Netzwerke, um sie aufzudecken. **Sean Kanuck** bestätigte die Existenz und Effizienz von *malware detection services*, aber gleichzeitig plädierte er für eine gemeinsame Datenbank der NATO.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

VIII. Vortrag von Dr. Marco Overhaus, Wissenschaftler bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), zum Thema „Nach dem Rückzug der USA aus dem JCPOA – wie kann eine transatlantische Iran-Politik aussehen?"

Dr. Marco Overhaus stellte eingangs fest, die Differenzen im transatlantischen Verhältnis lägen darin begründet, dass Europa und die Vereinigten Staaten Irans Werte und Ziele unterschiedlich einschätzten. Während Europa auf ständiges Engagement setze, um so allmählich einen Wandel herbeizuführen, setzten die USA darauf, Iran zu isolieren und dadurch einen Regimewechsel zu bewirken. In den Augen der Europäer sei es dank des JCPOA gelungen, Iran bei weiteren Nuklearaktivitäten zu mäßigen, so dass die Grundlage für die Behandlung größerer Probleme - Irans Unterstützung für Assad und die Hisbollah - gelegt worden sei. Mit der Aufkündigung des Iran-Deals hätten beide Seiten ihre Einflussmöglichkeiten aus der Hand gegeben. Frankreichs Vorschlag, für eine Übergangsphase eine Zusatzvereinbarung mit dem Iran abzuschließen, bewertete Dr. Marco Overhaus kritisch, denn ohne die USA sei ein solches Abkommen für den Iran unattraktiv.

Abgeordneter **Alain Detexhe** (Belgien) stellte die Frage, ob es ein Fehler gewesen sei, die ballistischen Raketen in dem Vertrag nicht zu berücksichtigen. Dr. Marco Overhaus antwortete, zunächst sei festzuhalten, dass es für den Umgang mit dem Iran kein einheitliches diplomatisches Konzept gebe. Was nun die ballistischen Raketen angehe, seien sie in der VN-Resolution zur Umsetzung des JCPOA genannt, und aus seiner Sicht sei es klug gewesen, sie nicht in das Abkommen einzubeziehen. Abgeordneter **Mindaugas Puidokas** (Litauen) zeigte sich beunruhigt über die unsichere kriegsbelastete Region in unmittelbarer Nachbarschaft des Iran und fragte nach einer Lösung des Konfliktes zwischen der EU und den USA. Dr. Marco Overhaus bedauerte, dass die beiden Akteure sich gegenseitig blockierten und sich inzwischen einen Machtkampf lieferten. Eine Lösung liege in einer Vielzahl kleiner pragmatischer Schritte.

IX. Vortrag von Dr. Antoine Bondaz, Wissenschaftler an der *Fondation pour la recherche stratégique* und Lehrbeauftragter am *Institute of Political Studies,* zum Thema "Grund für vorsichtigen Optimismus auf der koreanischen Halbinsel"

Seinen vorsichtigen Optimismus begründete **Dr. Antoine Bondaz** mit der Tatsache, dass nach einem Jahr mit über 20 Nuklearraketentests in Nordkorea sich die Situation zum Besseren gewendet habe. Ob Nordkorea tatsächlich kooperativ sei oder es nur vortäusche, werde sich zeigen. Auf jeden Fall sei es gezwungen, seine Beziehungen zu Südkorea und China zu verbessern, um weitere Sanktionen zu verhindern. Nukleartechnologie gehöre zur DNA Nordkoreas, es betrachte Nuklearwaffen als überlebensnotwendig. Letztendlich sei die Denuklearisierung jedoch für die Stabilität in der Region unverzichtbar und sollte deshalb auf jede nur denkbare Weise befördert werden.

Soo Hyuck Lee, Leiter der Delegation der Republik Korea, bemerkte, dass Nord- und Südkorea in den vergangenen Wochen ihre Verpflichtung zur Denuklearisierung bekräftigt hätten. Abgeordnete **Cheryl Galland** (Kanada) kritisierte, dass Nordkorea auf dem gerade zerstörten Testgelände keine Inspektoren der IAEA zugelassen habe. **Dr. Antoine Bondaz** bestätigte, Nordkorea habe zunächst eine Inspektion gebilligt, dann jedoch seine Zusage zurückgezogen. Abgeordneter **Gerald Connolly** (Vereinigte Staaten) zeigte sich wenig optimistisch und bezeichnete Nordkorea als ein sehr repressives Regime. In seinem Schlusswort sagte **Dr. Antoine Bondaz**, es gebe für Kim noch andere Möglichkeiten der Selbstlegitimation als Nuklearwaffen, allerdings seien sie für ihn ein Mittel, die Kontrolle über das Militär zu behalten.

X. Zukünftige Aktivitäten

Die Vorsitzende Abgeordnete **Maria Martens** (Niederlande) bat die Ausschusskollegen um Besuchs- und Themenvorschläge für das Jahr 2019.

9. Plenarsitzung

Am Montag, 28. Mai 2018, fand unter dem Vorsitz des Präsidenten der NATO PV, Abgeordneter **Paolo Alli** (Italien), die Plenarsitzung statt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

I. Ansprache des Präsidenten der NATO PV, Abgeordneter Paolo Alli

In seiner Ansprache ging Präsident **Paolo Alli** (Italien) auf die Bedrohungen durch Russland ein und erklärte, die NATO und die EU hätten geschlossen auf die Missachtung des internationalen Rechts durch die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und das russische Vorgehen in der Ostukraine sowie in Georgien reagiert. Kernthemen der Allianz seien seit der Ukrainekrise der Umgang mit Russland und die Abschreckungsfähigkeit der NATO. Er bekräftigte den Beschluss des NATO-Gipfels in Warschau 2016, zur Verstärkung der NATO-Präsenzen im östlichen Bündnisgebiet unter Wahrung der NATO-Russland-Grundakte im Rahmen der *Enhanced Forward Presence* je ein multinationales Bataillon in den drei baltischen Staaten und Polen auf Rotationsbasis einzurichten. Er betonte den „genuinen" Charakter des Dialogs mit Russland.

II. Ansprache des Präsidenten der Republik Polen, Andrzej Duda

Präsident **Andrzej Duda** legte dar, die Stadt Warschau sei ein Symbol für den Sieg der Werte über die Tyrannei. Nach dem Überfall der Nationalsozialisten habe Polen heroisch gekämpft und sei fast vollständig niedergeschlagen worden. 1955 sei in dieser Stadt der Warschauer Vertrag unterzeichnet worden, der bis 1991 den militärischen Beistandspakt des sogenannten „Ostblocks" unter Führung der damaligen Sowjetunion besiegelt hätte. Nach Beendigung des Kalten Krieges sei Polen 1999 Mitglied in der NATO geworden. Wesensmerkmal der NATO sei die Achtung der fundamentalen Menschenrechte, was der NATO-Gipfel 2016 in Warschau anschaulich bekräftigt habe. Er forderte eine Verbesserung der transatlantischen Beziehungen und erklärte, wichtigstes Element des Zusammenhalts sei die Höhe der Verteidigungsausgaben der einzelnen Verbündeten. Die Präsenz der Vereinigten Staaten von Amerika sei eine bemerkenswert gute Investition. Er sprach sich für eine enge Zusammenarbeit der EU mit der NATO aus. Bessere europäische Fähigkeiten auf dem Gebiet der Verteidigung kämen auch der NATO zugute und stärkten die transatlantischen Beziehungen. Russland habe den Zerfall der ehemaligen Sowjetunion nie überwunden und für Russland spiele die Souveränität der Staaten keine Rolle. Die Krisen in Georgien und in der Ukraine sowie das Militärmanöver „Zapad 2017" zeigten die wahren russischen Intentionen und seien Anlass zu allergrößter Sorge. Der von der NATO verfolgte Ansatz, der auf Abschreckung und Dialog setze, habe in den letzten zwei Jahren gezeigt, dass Russland kein Interesse an einem ernsthaften Dialog habe.

III. Ansprache des Marschalls des Sejm der Republik Polen, Marek Kuchciński

Der Marschall des Sejm, **Marek Kuchciński,** informierte über die Sicherheitslage in Polen und die gegenwärtigen Bedrohungen. Eine sichtbare, starke Präsenz der Vereinigten Staaten von Amerika sei für Polen entscheidend, und Polen setze sich für eine ständige Präsenz amerikanischer Streitkräfte im Land ein. Er begrüßte, dass sich der US-Senat im Mai 2018 für eine ständige Stationierung amerikanischer Brigaden in Polen ausgesprochen habe. Polen unterstütze die Umsetzung der NATO-Gipfelerklärung von 2008 in Bukarest hinsichtlich der Zusagen an die Ukraine und Georgien, Mitglied in der NATO werden zu können. Er sprach sich für eine rasche Aufnahme beider Staaten in das Bündnis aus und erklärte, die Stabilität der NATO sei ohne die beiden Staaten gefährdet.

IV. Ansprache des Marschalls des Senats der Republik Polen, Stanislaw Karczewski

Der Marschall des Senats, **Stanislaw Karczewski**, erklärte, Polen habe 2018 das beim NATO-Gipfel in Wales 2014 beschlossene Zwei-Prozent-Ziel erreicht. Polen sehe sich als einen wichtigen Impulsgeber für das Bündnis. Die geografische Lage Polens an der Ostgrenze des Bündnisses erfordere eine schnellere Verlegbarkeit von NATO-Truppen und einen mit dem Schengen-Raum vergleichbaren Rechtsrahmen für die Mobilität der NATO-Streitkräfte. Die EU-Mittel für den Kohäsionsfonds der EU müssten zur Erreichung dieses Ziels erhöht und für die erforderliche Modernisierung der Infrastruktur bereitgestellt werden. Für Polen und das Bündnis sei die Modernisierung von Flughäfen, Brücken und Straßen entscheidend, so dass NATO-Truppen schnell verlegt werden könnten. Er warnte vor dem Eintreten einer Situation, in der die NATO-Streitkräfte in eine mit der in der Ostukraine vergleichbare Situation geraten könnten.

V. Ansprache des Premierministers der Republik Polen, Mateusz Morawiecki

In seiner Ansprache erklärte Premierminister **Mateusz Morawiecki** u. a., Polen sei Nachbarstaat einer beispiellosen Aggression, die die Allianz gestärkt und zu einem gemeinsamen Vorgehen veranlasst habe. Die geplante Pipeline Nord Stream 2 bedrohe die europäische Sicherheit und sei eine neue hybride Waffe gegen die EU und

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

die NATO sowie eine „vergiftete Pille“ im System. Die Erlöse aus dem Nord Stream 1-Projekt seien in die Modernisierung der russischen Armee geflossen. Polen sei als Nachbar des Aggressors und dessen Opfer besonders betroffen. Die hybride Kriegsführung von Russland erfordere eine erhöhte Aufmerksamkeit des Bündnisses. Er hoffe, dass vom bevorstehenden NATO-Gipfel im Juli in Brüssel ein Signal der Geschlossenheit und der Glaubwürdigkeit ausgehen werde.

VI. Ansprache des NATO-Generalsekretärs und Vorsitzenden des Nordatlantikrates, Jens Stoltenberg

NATO-Generalsekretär **Jens Stoltenberg** erklärte, die beim NATO-Gipfel in Warschau 2016 getroffenen Vereinbarungen hätten das Bündnis verändert und gegen die russische Aggression gestärkt. Er ging auf das Ergebnis der Untersuchung des *Joint Investigation Teams* zu den Ursachen des Absturzes des Passagierjets MH17 ein und appellierte an Russland, Verantwortung zu übernehmen. Nach Erkenntnissen der Ermittler sei der Passagierjet MH17 von einem Raketensystem über der Ukraine abgeschossen worden, das den russischen Streitkräften gehörte. Er erklärte, der zweigleisige Ansatz gegenüber Russland, bestehend aus einer Strategie der Abschreckung und des Dialogs, werde fortgesetzt. Die Beziehungen müssten sowohl verbessert als auch besser organisiert werden. Er ging auf die aktuell bestehenden unterschiedlichen Auffassungen innerhalb des Bündnisses zu Zoll- und Handelsfragen, zum Klimawandel und dem Atomabkommen mit dem Iran (*Joint Plan of Action*, JCPO) ein. Er verwies auf in der Vergangenheit aufgetretene Meinungsverschiedenheiten im Bündnis, die erfolgreich gemeistert worden seien. So hätten beispielsweise die Suezkrise 1952, der Auszug der Franzosen aus den gemeinsamen Kommandostrukturen 1976 und der Irakkrieg 2003 das Bündnis auf die Probe gestellt. Meinungsverschiedenheiten seien daher keine neue Erscheinung. Der Respekt voreinander und der Wille, füreinander einzustehen, überwiege. Er appellierte an die Mitglieder, sich dafür einzusetzen, die Folgen der unterschiedlichen Ansichten im Hinblick auf die NATO gering zu halten. Positiv sei festzuhalten, dass die USA ihre Präsenz in Europa verdreifacht hätten.

In der Aussprache erklärte Abgeordneter **Michael R. Turner** (Vereinigte Staaten von Amerika), es sei offensichtlich, dass die europäische Wirtschaft das Zwei-Prozent-Ziel der Wirtschaftsleistung ermöglichen könne. Er erkundigte sich nach der Verbindlichkeit der beim NATO-Gipfel in Wales 2014 getroffenen Vereinbarung. NATO-Generalsekretär **Jens Stoltenberg** erwiderte, die in Wales getroffene Absprache sei kein „Rechtstext“, keine formal-rechtliche sondern eine politische Vereinbarung. Seit 2014 sei nach Jahrzehnten rückläufiger Verteidigungsausgaben eine Trendwende hin zur Erhöhung der nationalen Verteidigungsbudgets von allen Verbündeten eingeleitet worden. Auf die Frage des Abgeordneten **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) nach dem Mehrwert einer verstärkten EU-NATO-Zusammenarbeit, sprach sich Generalsekretär Jens Stoltenberg für eine Vertiefung der Europäischen Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) aus und begrüßte die europäischen Pläne zur Entwicklung neuer Drohnen und Flugzeuge, die auch der NATO zur Verfügung stehen müssten. **Lord Michael Jopling** (Vereinigtes Königreich) erklärte, die Prüfung des NATO-Haushaltsberichts habe schwerwiegende Mängel offenbart, angesichts dessen sich die Frage nach der Notwendigkeit eines internen Kontrollsystems für die NATO stelle. Er erkundigte sich, ob die Frage einer Finanzaufsicht über die Ausgaben der NATO beim kommenden Gipfel beraten werde. Generalsekretär Jens Stoltenberg erwiderte, Änderungen bei der Kontrolle der Ausgaben seien notwendig, eine Beratung beim Gipfel sei nicht geplant. Die Abgeordneten sollten sich bei Fragen zur Haushaltsführung an ihre nationalen Regierungen wenden. Auf die Frage des Abgeordneter **Alexander Graf Lambsdorff** (Deutschland) nach den Auswirkungen des irakischen Wahlergebnisses auf die geplante NATO-Mission und ob das Format der Gespräche im NATO-Russland-Rat noch sinnvoll sei, legte der Generalsekretär dar, für eine erfolgreiche Stabilisierung des Iraks sei die Ausbildung der irakischen Streitkräfte für die Bekämpfung der Terrorgruppe des sogenannten „Islamischen Staates“ entscheidend. Die Umwandlung des bisherigen Ertüchtigungsengagements in eine begrenzte Beratungs- und Ausbildungsmission setze die Einladung der irakischen Regierung voraus. Bislang lägen keine Anzeichen dafür vor, dass eine solche Einladung nicht erfolgen werde.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

VII. Beratung des Erklärungsentwurfs zum Thema „Das Bekenntnis zu Geschlossenheit und Glaubwürdigkeit der NATO beim Gipfel von Brüssel“, vorgelegt von Lord Campell of Pittenweem (Vereinigtes Königreich)

Die Mitglieder der Versammlung nahmen mit großer Mehrheit und wenigen Enthaltungen die vom Ständigen Ausschuss vorgelegte Erklärung „Das Bekenntnis zu Geschlossenheit und Glaubwürdigkeit der NATO beim Gipfel von Brüssel“ an. Darin hebt die Versammlung hervor, dass die NATO-Mitgliedstaaten die Überzeugung eint, dass die NATO der Eckpfeiler der transatlantischen Sicherheit sei und bleibe und dass ihre einzigartige Stärke in dem Bekenntnis Europas und Nordamerikas zur Verteidigung der Sicherheit des jeweils anderen liege. Die Versammlung bekräftigte die Tatsache, dass alle NATO-Mitgliedstaaten dem Artikel 5 des NATO-Vertrages enthaltenen Grundsatz verpflichtet seien, demzufolge ein Angriff gegen einen Bündnispartner ein Angriff gegen alle darstelle. Die Staats- und Regierungschefs werden nachdrücklich aufgefordert, u. a. die konventionelle, atomare und raketengestützte Säule des Abschreckungs- und kollektiven Verteidigungsdispositivs der NATO zu bekräftigen. Ferner sollten sie den Dialog der NATO mit Russland auf der Grundlage einer starken Abschreckung, Verteidigung und Offenheit für einen zielführenden Dialog fortsetzen und gleichzeitig Russlands inakzeptable Verstöße gegen internationale Gesetze und Normen thematisieren sowie Russland dafür zur Rechenschaft ziehen. Hinsichtlich der Frage der Lastenteilung forderte die Versammlung die Staats- und Regierungschefs auf, anzuerkennen, dass es aufgrund des Fortbestehens eines vielfältigen und besonders schwierigen Bedrohungsumfelds umso wichtiger sei, dass die Alliierten die realen Verteidigungsausgaben im Zuge ihres BIP-Wachstums erhöhten und sich in Richtung des Richtwerts bewegten, bis 2024 zwei Prozent ihres BIP für die Verteidigung auszugeben.

IV. Bericht des Schatzmeisters der Versammlung, Abgeordneter Marc Angel (Luxemburg), und Abstimmung über die Dokumente zum Haushalt 2018

Der Schatzmeister Abgeordneter **Marc Angel** (Luxemburg) stellte seinen Berichtsentwurf und den geprüften Jahresabschluss vom 31. Dezember 2017 vor. Die Versammlung nahm die Dokumente in der jeweils vorgelegten Fassung an.

Berlin, den 24. Oktober 2019

Dr. Karl A. Lamers
Leiter der Delegation

Minister Lorenz Caffier
Leiter der Delegation des Bundesrates

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Abkürzungsverzeichnis

ASEAN	Association of Southeast Asian Nations (Verband Südostasiatischer Nationen)
CREAS	Centre for Russia Europe Asia Studies
EU	Europäische Union
F&E	Forschung und Entwicklung
GPS	Globales Positionsbestimmungssystem
GSVP	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
IoT	Internet of Things (Internet der Dinge)
IS	Islamischer Staat
IT	Informationstechnik
KI	Künstliche Intelligenz
MAP	Membership Action Plan
MENA	Middle East and North Africa (Naher Osten und Nordafrika)
NATO	North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantikvertrags-Organisation)
NIAG	NATO Industrial Advisory Group
NATO PV	Parlamentarische Versammlung der NATO
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
RUSI	Royal United Services Institute
STRATCOM	Strategic Communication Centre of Excellence
VN	Vereinte Nationen

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Anlage

ERKLÄRUNG 444

DAS BEKENNTNIS ZUR GESCHLOSSENHEIT UND GLAUBWÜRDIGKEIT DER NATO BEIM GIPFEL VON BRÜSSEL[1]

Die Versammlung,

1. ***unter Hervorhebung der Tatsache***, dass der anstehende Gipfel der Staats- und Regierungschefs der NATO am 11. und 12. Juli 2018 in Brüssel eine wichtige Gelegenheit bietet, die Geschlossenheit und Glaubwürdigkeit der NATO deutlich zu machen;

2. ***unter Begrüßung*** der deutlichen Fortschritte, die seit 2014 in Bezug auf die Anpassung der NATO an ein neues Sicherheitsumfeld erzielt wurden, das gekennzeichnet ist durch das selbstbewusste politische und militärische Handeln und die Nichteinhaltung der Grundsätze der auf Regeln beruhenden internationalen Ordnung von Seiten Russlands, die verbreitete Instabilität von Libyen über den Irak und Syrien bis nach Afghanistan, die eine vielfältige terroristische Bedrohung und Massenmigration begünstigt, die Entstehung der hybriden Kriegführung, die Ausbreitung von Cyber-Angriffen und Desinformation sowie die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und fortschrittlicher Raketentechnologie;

3. ***unter Betonung der Tatsache***, dass die NATO-Mitgliedstaaten die Überzeugung eint, dass die NATO der Eckpfeiler der transatlantischen Sicherheit ist und bleibt und dass ihre einzigartige Stärke in dem Bekenntnis Europas und Nordamerikas zur Verteidigung der Sicherheit des jeweils anderen liegt, ***und unter Bekräftigung der Tatsache***, dass alle NATO-Mitgliedstaaten dem in Artikel 5 des NATO-Vertrags enthaltenen Grundsatz verpflichtet sind, demzufolge ein Angriff gegen einen ein Angriff gegen alle darstellt;

4. ***überzeugt***, dass die NATO über die Verteidigung ihrer Mitglieder hinaus gemeinsam mit weiteren Staaten und Organisationen einzigartige und außerordentlich wertvolle Beiträge zu Reaktionen auf die komplexen sicherheitspolitischen Herausforderungen der heutigen Zeit leistet, darunter auch dem Kampf gegen den Terrorismus;

5. die wichtigen Schritte, die zur Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen NATO und Europäischer Union (EU) unternommen wurden, ***mit Beifall zur Kenntnis nehmend*** und ***in Anerkennung*** des strategischen Potenzials, das durch die Umsetzung des vereinbarten gemeinsamen Vorschlagskatalogs ausgeschöpft werden könnte;

6. ***in Anerkennung der Tatsache***, dass es weiterhin notwendig ist, die Strukturen und Prozesse der NATO zu modernisieren, um zu gewährleisten, dass sie sich an die sich verändernden sicherheitspolitischen Herausforderungen anpasst;

7. ***in der festen Überzeugung***, dass sich alle NATO-Mitgliedstaaten an der Bekämpfung der gemeinsamen Herausforderungen beteiligen, ihrer Mitverantwortung im angemessenen Rahmen gerecht werden und die dafür notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen müssen;

8. ***in Bekräftigung*** ihres Bekenntnisses zur NATO-Politik der offenen Tür und zu deren Unterstützung;

9. ***unter Hervorhebung der Tatsache***, dass es wichtig ist, den Bürgerinnen und Bürgern in Europa und Nordamerika zu erklären und zu verdeutlichen, inwieweit die in die Verteidigung - und in die NATO - investierten Ressourcen zu ihrer Sicherheit beitragen;

10. ***nachdrücklich darauf hinweisend***, dass die Reaktion der NATO auf Bedrohungen in ihrem Bekenntnis zur Freiheit des Einzelnen, zu den Rechten von Männern, Frauen und Kindern sowie zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit begründet liegt;

FORDERT die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**, bei ihrem Gipfeltreffen am 11. und 12. Juli 2018 in Brüssel

I. ABSCHRECKUNG UND VERTEIDIGUNG UND DER DIALOG MIT RUSSLAND

i. die konventionelle, atomare und raketengestützte Säule des Abschreckungs- und kollektiven Verteidigungsdispositivs der NATO zu bekräftigen;

[1] vorgelegt vom Ständigen Ausschuss und verabschiedet von der Plenarversammlung am Montag, 28. Mai 2018, in Warschau (Polen).

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

ii. die Nachhaltigkeit und Bereitschaft der verstärkten Vornepräsenz der NATO in den baltischen Staaten und in Polen, der maßgeschneiderten Vornepräsenz in der Schwarzmeerregion, der *Tailored Assurance Measures* [maßgeschneiderten Rückversicherungsmaßnahmen] für die Türkei sowie weiterer gültiger Rückversicherungsmaßnahmen, der NRF-Einheit in höchster Bereitschaft und der erweiterten NATO-Reaktionskräfte auch in Zukunft zu gewährleisten;

iii. unverzüglich rechtliche und regulative Hindernisse für die Mobilität der NATO-Kräfte in Europa zu beseitigen und die Voraussetzungen für Investitionen in die zur Gewährleistung rascher Truppen- und Ausrüstungsverstärkungen im gesamten Hoheitsgebiet des Bündnisses erforderliche Infrastruktur zu schaffen;

iv. die Fähigkeit der Streitkräfte des Bündnisses zur Durchführung von Operationen in einem Umfeld, in dem so genannte "Anti-Access/Area-Denial"-Systeme ("A2/AD"-Systeme) zum Tragen kommen, auszubauen;

v. die Lagekenntnisse des Bündnisses in Nord- und Ostsee, im Schwarzen Meer, im Mittelmeer und im Atlantischen und Arktischen Ozean auch in Zukunft zu stärken, gegebenenfalls mithilfe der weiteren Zusammenarbeit mit Partnern in diesen Regionen;

vi. den Dialog der NATO mit Russland wie in den Erklärungen der Gipfel von Wales und Warschau verlautbart auf der Grundlage einer starken Abschreckung und Verteidigung und der Offenheit für einen zielführenden Dialog fortzusetzen und gleichzeitig Russlands inakzeptable Verstöße gegen internationale Gesetze und Normen zu thematisieren und Russland dafür zur Rechenschaft zu ziehen;

II. STABILITÄT FÜR ALLE UND TERRORISMUSBEKÄMPFUNG

vii. die vollständige Umsetzung des Rahmens für den Süden weiterzuverfolgen, der auch in Zukunft einen äußerst wichtigen integralen Bestandteil des Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs des Bündnisses und des Beitrags des Bündnisses zu Stabilität für alle bildet;

viii. die Besatzungsanforderungen für den so genannten "Hub for the South" ["Knotenpunkt für den Süden"] beim Gemeinsamen Streitkräftekommando in Neapel zu erfüllen, damit dieser binnen kürzester Zeit die vollständigen Fähigkeiten erlangt;

ix. im Hinblick auf den Gipfel die Umwandlung der Unterstützung der NATO-Unterstützung für den Irak in eine Ausbildungs- und Kapazitätsaufbaumission ohne Kampfauftrag vorzubereiten;

x. die Unterstützung für den Aufbau von Verteidigungsfähigkeiten in den Partnerländern an der Südküste und in der Subsahara auszubauen, um ihre Stabilität durch Unterstützung des politischen Dialogs und der institutionellen Stabilisierung zu erhöhen; dieser Prozess sollte Libyen einbeziehen - sofern die Voraussetzungen für eine künftige Regierung der nationalen Einheit gegeben sind - und alle Möglichkeiten des Engagements im Geiste der Sondergruppe Mittelmeer und Naher Osten der NATO PV nutzen;

xi. die politische und praktische Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen, der Afrikanischen Union, der Arabischen Liga und dem Golf-Kooperationsrat weiterzuentwickeln;

xii. die Truppenstärkeanforderungen für die *Resolute Support Mission* in Afghanistan rasch zu erfüllen;

xiii. die Unterstützung der NATO und der NATO-Mitgliedstaaten für die Anti-Daesh-Koalition beizubehalten und sich auch in Zukunft über die mögliche künftige Entwicklung der terroristischen Bedrohung auszutauschen;

xiv. gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern den Beitrag der NATO zur Bekämpfung des Terrorismus als Bestandteil der vielfältigen Reaktion des Bündnisses auf diese Bedrohung in den Vordergrund zu stellen;

xv. ergänzende Maßnahmen fortzuführen, die dem Umgang mit der durch die Instabilität in den Regionen des Nahen Ostens und Nordafrikas verursachten Flüchtlings- und Migrationskrise dienen, sowie Aktivitäten fortzusetzen, mit denen die illegale Überquerung des Mittelmeers allgemein und der Ägäis eingeschränkt werden sollen;

xvi. sich auch in Zukunft zu überlegen, welche Möglichkeiten es gibt, die Verbündeten bei ihren individuellen Terrorbekämpfungsmaßnahmen zu unterstützen, wobei hervorgehoben wird, dass dies zur Sicherheit des euroatlantischen Gebiets insgesamt beitragen würde;

xvii. das intensivierte Engagement bestimmter NATO-Mitglieder zur Bekämpfung des Terrorismus insbesondere im Sahel-Sahara-Streifen anzuerkennen und zu unterstützen;

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

III. DIE ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN NATO UND EU

xviii. auch künftig die Entwicklung der Zusammenarbeit und Koordination zwischen NATO und EU zu fördern und die festgelegten Maßnahmen umzusetzen, um die Reaktionsmöglichkeiten der NATO und der EU-Mitglieder auf gemeinsame Herausforderungen zu verbessern und Aufgabenüberscheidungen zu vermeiden;

xix. eine gemeinsame Erklärung des NATO-Generalsekretärs, des Präsidenten des Europäischen Rates und des Präsidenten der Europäischen Kommission zu unterstützen, bei der sich NATO und EU verpflichten, ihre Zusammenarbeit fortzusetzen und zu vertiefen, insbesondere im Hinblick auf militärische Mobilität in Europa;

xx. die europäische und transatlantische rüstungstechnologische und -industrielle Basis zu stärken und eine verstärkte rüstungsindustrielle Zusammenarbeit zu fördern;

xxi. die vollumfängliche Einbeziehung der nicht der EU angehörenden NATO-Mitglieder in die Maßnahmen zur Verbesserung der europäischen Sicherheit und Verteidigung im Geiste der vollständigen gegenseitigen Offenheit und unter Einhaltung der jeweiligen Entscheidungshoheit und der Verfahren der beiden Organisationen zu gewährleisten;

IV. DIE MODERNISIERUNG DES BÜNDNISSES

xxii. eine flexibles und verantwortliches Dispositiv beizubehalten, das die NATO in die Lage versetzt, auf alle Herausforderungen ungeachtet ihres Ursprungs zu reagieren, und die Fähigkeit des Bündnisses zu erhalten, seine drei Kernaufgaben der kollektiven Verteidigung, des Krisenmanagements und der kooperativen Sicherheit zu erfüllen;

xxiii. die politischen und militärischen Entscheidungsverfahren im Bündnis zu beschleunigen und deren Qualität zu verbessern, um deren demokratischen Charakter, die Eigenverantwortung der Länder und rasche Entscheidungen im Falle einer unmittelbaren Bedrohung zu gewährleisten;

xxiv. unverzüglich den Gestaltungsentwurf für die Anpassung der NATO-Kommandostruktur zu vervollständigen und umzusetzen, was auch die Einsetzung neuer Kommandos und Strukturen beinhaltet, und ihre Besatzungsanforderungen zu erfüllen;

xxv. die Reaktion des Bündnisses auf hybride Bedrohungen und Cyber-Bedrohungen wie beim Gipfel von Warschau vereinbart weiterhin zu verbessern und zu üben;

xxvi. die NATO-Mitgliedstaaten beim Aufbau ihrer Widerstandsfähigkeit gegen Desinformationen und weitere Versuche der Unterminierung demokratischer Prozesse auch in Zukunft zu unterstützen;

xxvii. die Lagekenntnisse der NATO in der Arktis zu verbessern, beispielsweise durch mehr Informationsaustausch, die Einsetzung einer Arbeitsgruppe für die Arktis, die Unterstützung der Entwicklung von Such- und Rettungsfähigkeiten des Bündnisses und Übungen;

xxviii. Diskussionen über ein neues politisches Leitbild und ein neues strategisches Konzept der NATO auf den Weg zu bringen, eine Bestandsaufnahme der grundlegenden Veränderungen im Sicherheitsumfeld seit 2014 vorzunehmen und den künftigen Weg der Modernisierung der NATO festzulegen;

xxix. weitere Fortschritte bei der Umsetzung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (UNSCR) über Frauen, Frieden und Sicherheit sowie der UNSCR-Resolution 1612 über Kinder und bewaffnete Konflikte durch die NATO und die NATO-Mitgliedstaaten zu unterstützen;

V. LASTENTEILUNG

xxx. anzuerkennen, dass es aufgrund des Fortbestehens eines vielfältigen und besonders schwierigen Bedrohungsumfelds umso wichtiger ist, dass die Länder die realen Verteidigungsausgaben im Zuge ihres BIP-Wachstums erhöhen und sich in Richtung des Richtwerts bewegen, bis 2024 zwei Prozent des BIP für die Verteidigung auszugeben, die jährlichen Investitionen auf mindestens 20 Prozent der gesamten Verteidigungsausgaben zu erhöhen, und die vereinbarten NATO-Richtlinien in punkto Dislozierbarkeit und Nachhaltigkeit wie bei den Gipfels von Wales und Warschau vereinbart zu erfüllen;

xxxi. alle NATO-Mitgliedstaaten wie vereinbart aufzufordern, dem Bündnis auch in Zukunft nationale Pläne vorzulegen, die Daten über Verteidigungsausgaben, Fähigkeiten und Beiträge zu Kapazitätsaufbaumissionen sowie NATO-Operationen und weiteren Operationen beinhalten;

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

DIE POLITIK DER OFFENEN TÜR

xxxii. die NATO-Politik der offenen Tür und das Recht der Partner zu bekräftigen, unabhängige und souveräne außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen ohne Druck und Zwang von außen zu treffen;

xxxiii. Beitrittskandidaten auf zukunftsorientierte Weise eine klare Mitgliedschaftsperspektive zu eröffnen und gleichzeitig die Kriterien für die Mitgliedschaft zu bewahren;

xxxiv. Georgien im Prozess der NATO-Integration auch in Zukunft in politischer und praktischer Hinsicht entschlossen zu unterstützen und die politische Dimension des Prozesses der NATO-Mitgliedschaft Georgiens weiter voranzubringen;

xxxv. Bosnien und Herzegowina bei der Schaffung der Voraussetzungen für die unverzügliche Aktivierung des ersten Mitgliedschafts-Aktionsplans zu unterstützen;

xxxvi. das entschlossene Bekenntnis der NATO zur euro-atlantischen Integration der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien[2] nach Herbeiführung einer beiderseits annehmbaren Lösung für die Namensfrage im Rahmen der Vereinten Nationen zu unterstreichen;

xxxvii. die Verurteilung der widerrechtlichen und unrechtmäßigen Annexion der Krim, der Destabilisierung der Ostukraine und der fortwährenden Besetzung georgischer und ukrainischer Gebiete durch Russland und die uneingeschränkte Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität Georgiens und der Ukraine in ihren international anerkannten Grenzen durch die NATO-Mitgliedstaaten zu bekräftigen;

xxxviii. die Unterstützung für die Mitgliedschaftsbestrebungen der Ukraine zu bekräftigen;

xxxix. alle Beitrittsaspiranten auch weiterhin aufzufordern, ihre militärische und politische Bereitschaft auszubauen, und sie mithilfe des intensivierten politischen Austauschs und der militärischen Zusammenarbeit zu unterstützen;

VII. DIE NATO DEN BÜRGERINNEN UND BÜRGERN NÄHERBRINGEN

xl. in enger Zusammenarbeit mit der Parlamentarischen Versammlung der NATO die Bemühungen um die Förderung der Transparenz und effizienten Lenkung der NATO sowie der Kenntnisse der Bürger über die Herausforderungen für und Anforderungen an unsere gemeinsame Sicherheit mit besonderem Schwerpunkt auf der nächsten Generation zu verstärken;

xli. den Fokus und die Ressourcen der öffentlichen Diplomatie der NATO zu verstärken, um Engagement, Bildung und Kommunikation der NATO über alle sozialen Medien und traditionellen Medienplattformen mit den NATO-Mitgliedstaaten und Partnerländern sowie den Bürgerinnen und Bürgern zu verbessern und auszubauen.

[2] Die Türkei erkennt die Republik Mazedonien mit ihrer verfassungsmäßigen Bezeichnung an.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.